Nr. 313
22. Dezember 1994

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM
auswärts 3 DM

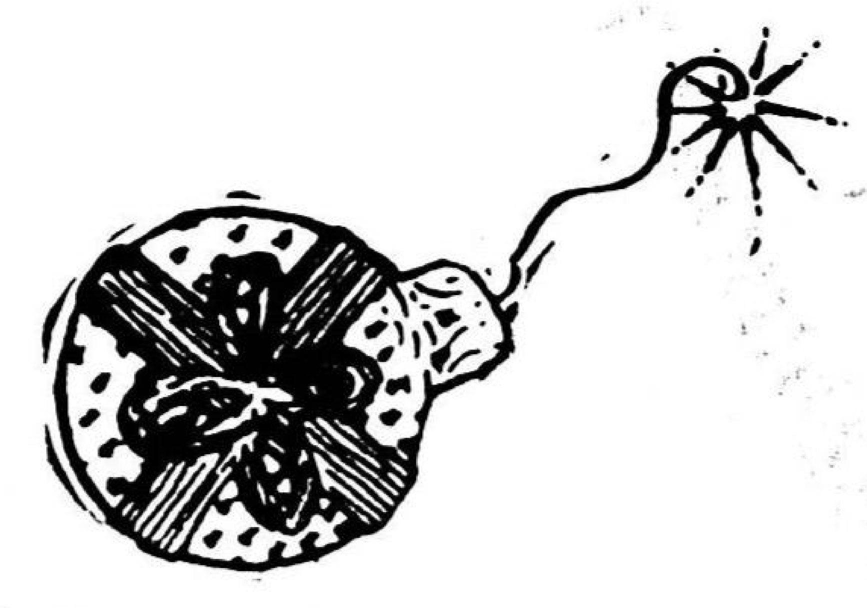


Vermummte bedienten sich in Bekleidungsgeschäft

KREUZBERG (weso). Zehn Vermummte haben am Mittwoch abend ein Bekleidungsgeschäft an der Oranienstraße überfallen. Mit den Worten: „Dies ist eine Umverteilungsaktion" entwendeten die Täter unter den Augen der beiden verängstigten Verkäuferinnen Jeanshosen und Lederjacken im Wert von rund 15 000, teilte ein Kriminalbeamter mit. Die vermutlich aus der autonomen Kreuzberger Szene stammenden Täter ließen im Laden einen Leinenbeutel mit Pflastersteinen zurück.

Inhalt:



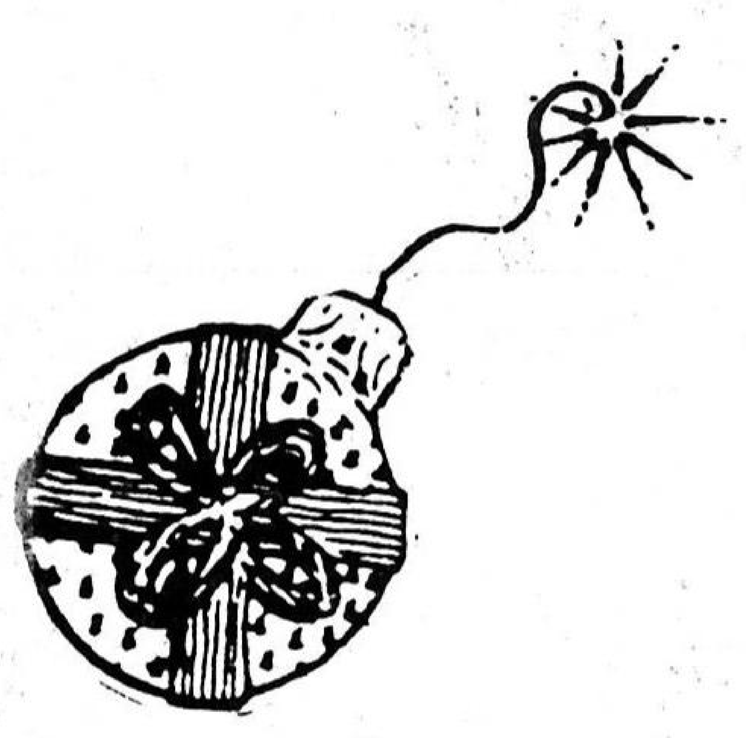


Und Heiligabend?

Gänseessen bei deinen Eltern
oder
Käsefondue in deiner WG
und dann zur
X-mas-Party ins Ex

wie jedes Jahr ...

Mit den Terminen und den Buchtips von Schwarze Risse ist was schiefgelaufen - sorry.
Deshalb: Gute Bücher die ihr schon immer mal lesen wolltet kriegt ihr bei Schwarze Risse im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.
Z.B. "Die goldene Horde" von N. Balestrini über Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffnetem Kampf in Italien, Zeit habt ihr ja jetzt genug...





Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

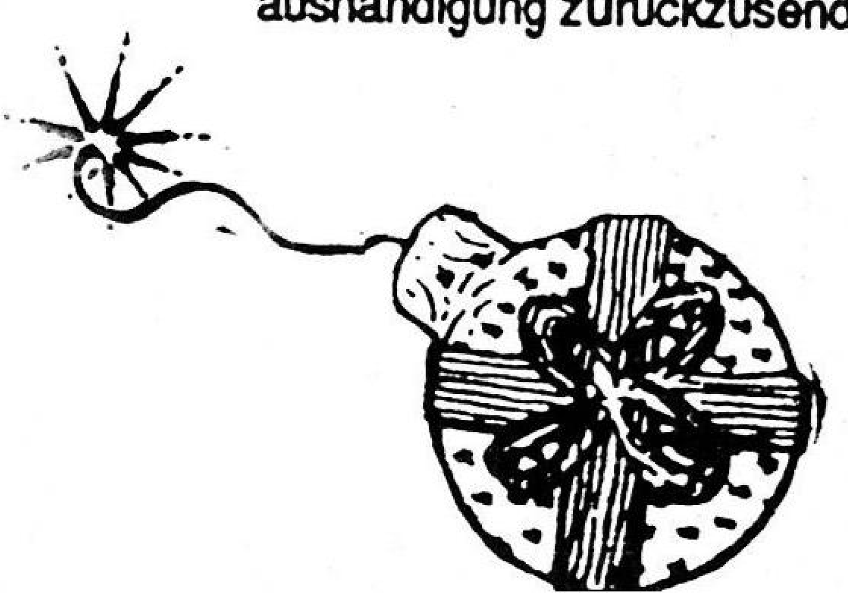
Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Ordner:
-Matthäus 4.5,3
-Anmerkungen zu Mexiko
-Fake gegen Spekulanten HH



Polit-Chaoten raubten Modegeschäft aus

KREUZBERG - Zehn Maskierte stürmten nachmittags ins Modegeschäft „Rix" an der Oranienstraße 48: „Das ist eine Umverteilungsaktion", sagte einer. Dann räumten die Männer die Regale aus, entkamen mit Kleidung im Wert von 15 000 Mark.

Die Verkäuferinnen Gabi (31) und Sarah (36, Namen geändert) waren gestern noch völlig geschockt. Gabi: „Gegen 17.45 Uhr standen sie, mit Skimasken vor dem Gesicht, plötzlich vor uns. Wir mußten uns auf die Erde setzen. Ich hatte furchtbare Angst." Sarah: „Ich habe nur geweint." Ein Chaot „beruhigte" sie: „Wir tun euch nichts."

Die anderen rafften unterdessen Marken-Jeans, teure T-Shirts, Winterjacken und -pullover zusammen. Inhaber Georg Rixmann (40): „Nur die Kasse haben sie nicht aufgekriegt."

Plötzlich gab einer der Maskenmänner das Kommando: „Aufbruch". Da sperrten die Täter die Frauen mit einem eingeklemmten Brett unter der Türklinke im Laden ein, entkamen unerkannt.



Es gibt keine schlechtes Wetter - es gibt nur schlechte Kleidung

Deshalb haben wir am 14.12.94 den Klamottenladen RIX in der Oranienstr./Ecke Luckauerstr. ein wenig enteignet und uns mit allerlei warme Kleidung mitgenommen. Wir können es uns nicht leisten, all diese Kleider (Jacken für z.B. 700-800 DM) legal zu erwerben. Aber es geht ja auch anders !!!



Wohlstand für alle !!!!!!!!

IST NUN BALD BESCHERUNG?

STEIN

Berlin, der 14. Dezember 1994

Prädikat nachahmenswert

In Erwägung, das es viele Jacken gibt,
die da hängen, ohne Körper drin
haben wir beschlossen, sie uns jetzt zu nehmen,
da sie uns ja sowieso gehören

BERLIN: BARGELD FÜR ALLE

ANKAUF/VERKAUF VON WAREN AUS FLÜCHTLINGSWOHNHEIMEN - WIE WAR'S

ZUM HINTERGRUND: In Berlin gibt es 2 große Wohnheime (eins vom DRK, eins von SORAT)mit insgesamt ca. 900 Plätzen, die das Sachleistungsprinzip nach dem Asylbewerberleistungsgesetz umsetzen. Das SORAT-Heim betreibt einen Laden, in dem die BewohnerInnen bargeldlos für 264,- DM/mtl. einkaufen können/müssen. D.h. kein Geld für Anwälte, für Briefverkehr, für Sprachkurse, für Unternehmungen, für Kinderspielzeug, Abhängigkeit vom Ladenangebot, etc. Aus diesem Grund hatten wir uns entschlossen, Waren aus den Wohnheimen aufzukaufen und damit diese diskriminierende Praxis zu unterlaufen und einen winzigen Teil praktische Unterstützung zu leisten. Da wir alle selbst nicht über das große Geld verfügen, waren und sind wir auf den Weiterverkauf angewiesen. Und da wir solcherlei Unterstützung nicht zum alleinigen Schwerpunkt unserer Arbeit machen wollen, haben wir gehofft, daß möglichst viele sich aufraffen, vorbeikommen und kaufen. In unseren kühnsten Träumen haben wir uns sogar ausgemalt, daß z.b. die Flüchtlinge selbst den Verkauf übernehmen oder gar, daß Direktkontakte entstehen, also sich WGs, Kneipen, usw. zu regelmäßigen AbnehmerInnen der Waren einiger HeimbewohnerInnen erklären.

ZURÜCK ZUR REALITÄT: Pünktlich um 2 standen die ersten Verkäufer (es kamen nur Männer) vor der Tür, zwei weitere Gruppen folgten innerhalb der ersten Stunde. Unser Geld ging rapide zur Neige und einen Teil der Waren konnten wir erstmal nicht mehr bezahlen. Die Verkäufer gingen wieder und da saßen wir dann in einem Berg von Kaffee, Tee, Schokolade, Öl und unermeßlich viel Waschpulver. Die KäuferInnen kamen dann 'ne Weile später, so nach und nach, insgesamt sehr spärlich. Die Hälfte bestand aus FreundInnen und Bekannten unsererseits, von den anderen 5-6 Leuten kauften einige glücklicherweise reichlich, so daß wir am Abend auch noch die restlichen Waren abnehmen konnten.

FAZIT: Insgesamt haben wir für ca. 1500,-- DM Waren an- und verkauft, davon allerdings 1/4 an uns selbst, was wir teilweise noch weiter zu verscheuern versuchen (und in dem Maße wollten wir das genau nicht!). Woran lag's denn, daß so wenig KäuferInnen kamen? (Warum so wenig VerkäuferInnen kamen, fragen wir logischerweise an anderer Stelle.) Lag's an der sozialarbeiterischen Komponente, die diese Geschichte hatte? Liegt der Wedding einfach zu weit weg von Kreuzberg? Haben wir vorher zu wenig Werbung gemacht? Oder kriegt sowieso KeineR mehr den Arsch hoch und würde sich höchstens direkt in die WG-Küche beliefern lassen? Warum wurden von größeren WGs/Kneipen kaum Deligierte geschickt, um größere Mengen abzunehmen? Gibts grundsätzliche Kritik an dieser Geschichte?

In der Hoffnung auf baldige Antworten werden wir das Ganze (nochmal probeweise) am 5.2.95 wiederholen. Die Flüchtlinge, die kamen, bekundeten nämlich reges Interesse. Also laßt mal was hören

Liebe Grüße

die Ini gegen's Asylbewerberleistungsgesetz

c/o Rat&Tat, Liebenwalder Str. 16, 13347 B.
Tel. 4551010 → Sonntag ab 20°° Uhr
+
FAX

HAUPTSTADT? OHNE UNS!

Jede(r) hat sie schon gesehen, doch kaum jemand mimmt sie richtig wahr: die Plakate und großformatigen Zeitungsannoncen von Senat und "Berlin Partnern". Was soll da eigentlich verkauft werden? Wozu dieser große Aufwand? Auf die Frage "Berlin ?" bekommen irgendwelche TaxifahrerInnen, Hebammen und Boxer als Antwort einen Allerweltsspruch in den Mund gelegt. Die Aussagen sind so nichtssagend, daß sie für alles und jedes stehen können. Diese Gelegenheit wollten wir uns nicht entgehen lassen und haben kurzerhand 400 Plakate im ganzen Stadtgebiet in unserem Sinne umgestaltet.

Nach der Öffnung der Mauer schien Berlin eine Stadt der unbegrenzten Möglichkeiten zu sein – die offene, internationale Stadt. Die weitere Stadtentwicklung und die Zukunft für die verschiedenen sozialen Gruppen wurden von vielen Menschen optimistisch gesehen. Die Erwartungen der meisten wurden ziemlich schnell enttäuscht durch eine Senatspolitik, die eine einseitige Entwicklung forcierte. Berlin wird zum Gabentisch für Großanleger und andere Spekulanten sowie als Repräsentationsort für Bundesregierung und Konzerne zugerichtet. Der Preis dafür sind u.a. der Verlust von industriellen Arbeitsplätzen, die Vernichtung von kleinen Gewerbetreibenden und die Verdrängung von Mietern. Der Protest gegen die Olympiapläne von Diepgen, Nawrocki und Co. waren deutlicher Ausdruck der Unzufriedenheit mit den sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen in der Stadt.

In dem Maße in dem Berlin auf die Entwicklung zur deutschen Hauptstadt festgelegt wurde, ging das internationale Interesse an der Stadt zurück. Deshalb mußten die Pläne für eine Weltmetropole Berlin Stück für Stück nach unten korrigiert werden. Inzwischen bemüht man national-chauvinistische Symbolik um Berlin als "Hauptstadt für Deutschland" zu verkaufen. Das Brandenburger Tor als Hauptstadt-Logo ist bewußt gewählte Anlehnung an Preußens "GlanzundGloria". Doch weder Zapfenstreiche und Stadtluftschlösser noch die Marmorfassaden leerstehender Dienstleistungszentren können darüber hinwegtäuschen, daß die Menschen hier in der Stadt von dieser Politik nichts zu erwarten haben. Immer weiter klafft die Entwicklung der Löhne und der Lebenshaltungskosten auseinander. Durch Streichung von Mitteln im sozialen Bereich und bei Bildungseinrichtungen wollen Bund und Senat ihre Hauptstadt finanzieren. Die bisherige Entwicklung in Berlin und das Beispiel anderer Metropolen zeigen außerdem, daß die im industriellen Sektor verloren gegangenen Arbeitsplätze nicht annähernd durch Jobs im Dienstleistungsbereich ausgeglichen werden.

Um von diesen Zusammenhängen abzulenken, wird versucht durch Imagekampagnen Stimmung zu machen. Gleichzeitig wird gezielt Rassismus geschürt und die Ausgrenzung von sogenannten Minderheiten betrieben. So soll Unzufriedenheit kanalisiert und gegen vermeintlich Schwächere gerichtet werden.
Kritik an dieser Entwicklung ist mehr als berechtigt, daran können auch die größten Plakate und die unfreiwillige Komik von Radiospots nichts ändern.

BERLIN PANTHER



Antwort auf die Kritik an der 9. Novemberdemo aus der Interim Nr.310

Liebe LandesverräterInnen!

Mal vorab: Wir fanden eure Aktion gelungen und richtig. Das unverblümte, offene Wiedererstarken des Antisemitismus in Deutschland ist der vorläufige Höhepunkt der Revisionismuskampangne, deren Ziel es ist, den Nationalsozialismus als legitimen Teil des Weges Deutschlands zur europäischen und internationalen, imperialistischen Großmacht darzustellen. Seine Verbrechen, insbesondere die Shoa soll die Einzigartigkeit genommen werden, sie sollen als plausibel und letztendlich notwendig dargestellt werden. Das arische (wir sind ein) Staatsvolk soll seine faschistische Vergangenheit nicht mehr verdrängen müssen, sondern dazu stehen können. Deshalb heißt Deutschland denken, Ausschwitz denken. Da stimmen wir mit euch inhaltlich überein.

Deshalb heißt Deutschland denken, Ausschwitz denken.

Uns ist Kritik an unseren Aktionen und auch insbesonders an unserer jährlichen, antifaschistischen Demonstration am 9. November, anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht, an deren Form, Verlauf und Inhalten, lieb und wichtig. Das der Vortrag eures Redebeitrages auf der Demonstration ins Wasser gefallen ist, tut uns leid und unsere organisatorischen Pannen die dazu geführt haben finden wir genauso ärgerlich wie ihr. Euer Redebeitrag wäre eine wichtige Ergänzung unserer Demonstration gewesen. Wir fanden es auch sehr gut, daß ihr zu unserer Demonstration gekommen seid, im Gegensatz zu vielen Berliner Linken, die am 9. November der Meinung waren, Antisemitismus mit fortschrittlicher Verkehrspolitik an der Oberbaumbrücke zu bekämpfen zu müssen. Das wir das auch noch mit Verlesen einer Grußadresse unterstützt haben, tut uns im Nachhinein ziemlich leid. Aber das zeigt wie nötig eure Aktion war, um die Bedeutung des Antisemitismus auch in linken Köpfen zu verankern.

Aber die arrogante und Oberlehrerhafte Art, wie ihr uns und auch die Demoteilnehmer-Innen im weiteren Verlauf eurer Kritik runtermacht, finden wir sachte ausgedrückt ziemlich ärgerlich.
Die Demo sei eine alberne, verspielte, andauernd Leuchtspurmunition verschießende, politisch naive Horde gewesen, merkt ihr an. Die DemonstrantInnen seien "offensichtlich auf der falschen Veranstaltung" gewesen, meint ihr, um dann zufragen ob diese nicht wüssten, daß die AusländerInnengesetze nicht von fünf Moabiter Reps gemacht worden wären. Und die DemonstrantInnen hätten es nicht nötig gehabt, dem jüdischen Redner, Fritz Teppich am Mahnmal an der ehemaligen Synagoge zu zuhören. Kurz gesagt wir und die DemonstrantInnen hätten den 9. November nicht im Gedenken und Erinnern an die Opfer der Reichspogromnacht begangen, sondern als lärmende Antifademo, auf der zu allem Überfluß Punkmusik (till every nazi died) gespielt wurde.

Dazu möchten wir folgendes bemerken. Die Moabiter Antifademo gibt es seit sechs Jahren. Sie hat sich von einer Moabiter Gedenk und Erinnerungsveranstaltung an die Reichspogromnacht zu einer berlinweiten antifaschistischen Demonstration entwickelt. Sie ist Ausdruck unserer antifaschistischen Arbeit im Bezirk und in Berlin. Und sie hat zwei Schwerpunkte. Das Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesonders den Holocaust und die Reichspogromnacht, aber auch den antifaschistischen Widerstand dagegen. Zum anderen die Kontinuität des Faschismus bis Heute, die neuen TäterInnen und den Widerstand dagegen. Sie steht unter dem Motto:
Wir vergessen nicht - Wir vergeben nicht - Wir greifen ein !

BERLIN: A.I.M. ZUR DEMO AM 9.11.

Sie folgt in ihrer Route den historischen Punkten der Reichspogomnacht und dem öffentlichen Abtransport. der jüdischen Menschen durch die Straßen Moabits zum Bahnhof Putlitzstraße, von wo sie in die Vernichtungslager gebracht wurden. Dort wird am Mahnmal ein Kranz niedergelegt. Im Verlauf der Demonstration erinnern wir an Menschen, die damals in Moabit eingegriffen haben, jüdischen Menschen geholfen haben.

Aber auch das ist ein wichtiges Ziel der Demonstration, die jugendlichen DemonstrantInnen dem "Land des Vergessens" von dem Fritz Teppich sprach, zu entreißen, da es z. B. die Schule nicht gemacht hat.

Am Abschiebeknast Kruppstraße gab es einen Beitrag über die Situation von Flüchtlingen und die Politik der Bundesregierung, in dem sicher nicht die Reps allein verantwortlich gemacht wurden. **Und wir wollen mit unserer Demonstration Menschen ermutigen sich antifaschistischzu betätigen, und versuchen deshalb unserer Demonstration auch einen selbstbewußten und kämpferischen Charakter zu gegeben.**

All das ist von uns inhaltlich und politisch gewollt und das haben wir im Vorfeld durch eine Sonderausgabe unserer Zeitung, die wir breit in Moabit und auch in Berlin verteilt haben, beschrieben und erklärt. Das dieses Anliegen von vielen jugendlichen DemonstrantInnen etwas zu laut und fröhlich umgesetzt wurde, und bestimmt auch einige sich dem Anlaß unangemessen verhalten haben, ist richtig. Aber auch das ist ein wichtiges Ziel der Demonstration, die jugendlichen DemonstrantInnen dem **"Land des Vergessens"** von dem Fritz Teppich sprach, zu entreißen, da es z. B. die Schule nicht gemacht hat. Wir haben übrigens bei Beginn der Demo um ein ernsteres Verhalten gebeten. Dazu hätte es aber mehr organisiertere und erfahrenere Antifas bedurft, die aber im Gegensatz zu den Jugendlichen nicht da waren.

Und noch kurz was zu den Sprüchen - "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten "- vor dem Rathaus. Zu der Zeit hatten sich vor dem Rathaus in trauter Eintracht mit den Bullen, provokativ mehrere uns bekannte Reps versammelt. Die Moabiter Reps stellen jährlich den Antrag in der BVV, den 9. November als Wiedervereinigungstag zufeiern, da es in der Tiergartener BVV üblich ist, ihn im Gedenken an die Reichspogromnacht zu begehen. Sie sind schon des öfteren durch antisemitische Sprüche aufgefallen und beleidigten einen jüdischen Mann der ihre Propaganda nicht nehmen wollte, mit dem Spruch - "Wir lassen uns von 40 000 Juden in Deutschland nicht drangsalieren."
Die gleichen Bullen hatten Moabiter Antifas, die gegen die Rep - Volksverhetzer vorgingen, auf Anweisung der Reps verhaftet. Das war vielen DemonstrantInnen bekannt. Also war ihr Verhalten nicht "hirnlos".

Wenn ihr uns vor der Demo im nächsten Jahr einen Text schicken würdet, fänden wir das gut. Wir können Anregungen, Kritik und Inhalte die in unsere Demonstration und unsere Politik getragen werden immer gut gebrauchen. Nur so können blinde Flecken wie z.B. zur Bedeutung von Antisemitismus, von der antifaschistischen Bewegung, ausgeräumt werden.
Mit antifaschistischen Grüßen,

A.I.M.



Ein Interview mit Fatma, Seyho, Carlo und Abidin

Nach einem Jahr U-Haft seid ihr nun, teils nur vorübergehend, wieder unter euren FreundInnen. Wie geht es euch?

ABIDIN: Mir geht´s gut und freue mich sehr, daß ich wieder draußen bin. Es ist ja auch schön, wieder unter den FreundInnen zu sein und zusammen unsere politische Arbeit weitermachen können.

FATMA: Ja, mir geht es auch gut, nach einem Jahr wieder draußen zu sein.

CARLO: Es ist viel lustiger, nicht die ganze Zeit wie ein Hase gehetzt zu werden.

SEYHO: Na ja, am Anfang hatte man natürlich Eingewöhnungsschwierigkeiten. Allein schon die Tatsache, daß man im Knast war, hinterläßt Spuren, soziale und familiäre. Dann kommen noch die Probleme hinzu, die anhand dieses Prozesses aufgetaucht sind. Die Diskussionen unter den Freunden sind nicht konstruktiv. Jeder setzt von seiner Sicht aus Gedanken in die Welt, anstatt diesen Prozeß mal objektiv zu betrachten, was da gegen uns aufgefahren wurde und was wir am Schluß erreicht haben.

Wieviel habt ihr von der Unterstützungsarbeit, sowohl bundesweit als auch international mitbekommen und wie ist eure Einschätzung dazu?

ABIDIN: Als erstes möchte ich sagen, daß das, was während letztes Jahr in der BRD und auf internationale Ebene gelaufen ist, mich sehr gefreut hat. Auch die Tatsache, daß ich von Menschen, die ich nicht kannte, so viel Briefe bekommen habe, finde ich auch toll.

Obwohl ich ganzen Unterstützungsarbeit sehr positiv fand, möchte ich noch hinzufügen, besonders über die Berliner UnterstützerInnenkreise, daß die Kommunikation zwischen uns nicht so gelaufen ist, wie ich mir das vorgestellt habe. Denn ganze Diskussion, die draußen gelaufen ist, war für mich keine Meinungsaustausch zwischen uns allen, sondern man hat über unseren Kopf hinweg diskutiert. Wir hatten den Eindruck, daß draußen für uns entschieden wird, welchen Weg wir wählen müssen.

FATMA: Also erstmal ging´s mir so ähnlich wie Abidin, daß mich die breite Unterstützung draußen schwer beeindruckt hat. Ich habe unheimlich viele Briefe aus allen möglichen Ländern bekommen - aus USA, aus Japan. Auch die ganzen Demonstrationen und Kundgebungen haben mich beeindruckt. Es ist ja Jahre her, daß über 500 Leute auf eine Knastkundgebung gekommen sind.

Ich hatte allerdings, was Berlin betrifft, auch mitbekommen, daß es große Konflikte unter den UnterstützerInnen gibt. Ich fühlte mich dadurch ziemlich unter Druck gesetzt. Ich denke allerdings, daß das auch ziemlich viel an uns Gefangenen lag, da wir auch nicht so angestrebt haben, eine gemeinsame Linie oder Strategie zu entwickeln, womit wir dann auch nach draußen treten können. Das Problem war eben, daß wir auch ganz andere Probleme hatten. Aber so bedanke ich mich erstmal für die ganze Solidarität und Unterstützung, die da gelaufen ist.

SEYHO: Ich war ja acht Monate ungefähr auf der Flucht. Ich habe also hauptsächlich über die Medien erfahren, was läuft. Die Unterstützungsarbeit fand ich ziemlich gut, sie war nicht zu unterschätzen. Hätte natürlich noch mehr und besser sein können, aber sie hat internationale Achtung gehabt. Es hat in linken, fortschrittlichen Kreisen Eindrükke hinterlassen, sodaß das Gericht es nicht so leicht hatte, die ursprüngliche Anklage durchzuziehen.

Die Mordanklage basierte auf den Aussagen von Erkan und Bazdin, die sie gegenüber dem Staatsschutz gemacht haben. Was könnt ihr MigrantInnen und Antifas raten, damit sich solche beschissenen Aussagen nicht wiederholen?

FATMA: Ich denke, daß in den ganzen linken Strukturen fehlt, daß man die ganze Situation mit den Jugendlichen bespricht. Was heißt es, bei den Bullen zu sitzen, was, wenn der Staatsschutz hinterher ist, nicht die „normalen" Bullen, wie arbeiten die? Was mach´ ich, wenn ich acht Stunden den ganzen Versuch ausgesetzt werde, mich zu verhören, unter Druck gesetzt und erpreßt werde? Wo mir gesagt wird, daß, wenn ich nichts sage, die Bullen noch das und das gegen mich in der Hand hätten? Bei mir wurden dann Bilder von der oder jener Aktion rausgeholt und mir wurde dann gesagt, daß sie diese Bilder gegen mich verwenden, wenn ich nichts sage. Sie wüßten, daß ich da dabei gewesen wäre und sie würden sich drum kümmern, daß ich dafür ein Verfahren bekäme. Das sind alles so Situationen,



die sowohl für unerfahrene Jugendliche als für politisch bewußte Menschen - da mache ich diesbezüglich keine große Trennung - sehr schwierige Situationen sind.

ABIDIN: Erstens möchte ich sagen, was wir schon seit Jahren sagen, „keine Aussagen bei den Bullen", wie wichtig war und das wir diese Meinung weiter noch stärker in den antifaschistischen Kreisen thematisieren müssen. Nur, das allein weiter zu propagieren, wird uns nicht weiter helfen. Denn, wenn man mit den Menschen, mit denen man auch politisch zu tun hat, keine alternative Lebensperspektive aufbauen wird, um die gegenseitige menschliche Bewußtsein und Verantwortungsgefühl zu entwickeln, wird dieses Problem nicht gelöst werden. Ich möchte hier auch kurz über Verratdisskussion etwas sagen. Allein um festzustellen, ob die Beiden Verrat begangen haben, war´s nicht so wichtig, weil dafür keine andere Antwort gibt´s. Mir ging´s mehr darum, wie man damit umgeht. Es ging auch darum, sie als Menschen für uns zurückzugewinnen und sie nicht noch absichtlich auf den Schoß der Polizei zu stoßen. Gleichzeitig hätte man bei der Diskussion auch die Prozeßstrategie der Gefangenen berücksichtigen müssen, was teilweise nicht gelaufen ist und was ich uns gegenüber unverantwortlich finde.

CARLO: Also mal grundsätzlich trenne ich zwischen Leuten mit „politischem Gefühl, sogenannten Bewußtsein" und Menschen, die das nicht so haben. Das mit dem Menschlichen und vor allem, was Fatma und Zeki sagen, ist ja auch teilweise nur eine Farce. Ich finde, daß das teilweise Sprüche sind, ganz gute Gedanken, aber daß da ja eigentlich gar nicht soviel läuft. Aber es wird schon werden, oder?

SEYHO: Normalerweise sollte man überhaupt keine Aussagen machen. Wenn Leute beim Prozeß dabei sind, die nicht politisch sind, die sich dann z. B. vom Staatsschutz benutzen lassen und klar ist, daß der Staat damit versucht, die ganze Antifaszene zu sterilisieren, dann bleibt einem kein anderer Ausweg, als sich einzulassen. Aber wenn, ist es wichtig, daß man dabei die eigne Würde behält und sich vor Gericht nicht unterwirft.

Die meisten von euch haben sich im Prozeß für die Einlassungsstrategie entschieden. Könnt ihr genauer sagen, warum?

SEYHO: Es hat ja zwei ziemlich detaillierte Aussagen gegeben. Beide waren zwar manipuliert, doch wenn wir uns nicht zur Sache eingelassen hätten, wäre es ziemlich schwer gewesen, diese Anklage zum kippen zu bringen. Das die Medien eingeschaltet wurden, das bis zum Prozeßbeginn die ganzen Boulevardblätter immer das Bild von uns als Mörder, äußerst gewaltbereit und radikal, verbreitet wurde, damit wurde die ganze Szene in dieses Licht gestellt. Wir hatten also keine andere Möglichkeit, auch wenn die zwei Aussagen manipuliert waren.

ABIDIN: Mit einer Schweigestrategie, wo drei Aussagen gegen uns gemacht worden sind und wie der Staatsschutz alles so stark konstruiert hatte, diese Mordanklage zu kippen, schien mir sehr riskant und ich wollte ganzen Risiko nicht in Kauf nehmen, denn man darf - kann - auch nicht mit „wenn", „vielleicht", „wäre" eine Strategie entwickeln. Mir ging´s auch darum, wie ich meine Mitgefangenen so schnell wie möglich rausholen könnte, damit sie nicht 10 oder 15 Jahre im Knast sitzen müssen. Als Prinzip, daß man sich bei der Justiz nicht darauf einläßt, eine Sache mit aufzuklären, finde ich richtig. Aber die Prinzipien, die wir vertreten, sind keine Schablonen die überall angewendet werden können. Man muß seine Politik immer bezogen auf die konkrete Situation entwickeln.

FATMA: Ich habe mich gegen Einlassung entschieden. Ich setze niemanden mit meiner Position unter Druck, im Gegenteil. Ich bin bereit, gemeinsam mit den anderen, ihre Einlassungen zu diskutieren. Ausschlaggebend für meine Entscheidung war meine Sichtweise oder Einschätzung der Aktion, wie weit stehe ich politisch dahinter. Das dabei ein Mensch liegengeblieben ist, ist zwar nicht die Strategie vom antifaschistischen Kampf, aber es kann vorkommen und an dem Punkt distanziere ich mich nicht. Es ging mir also um meine eigne Identität. Ich war der Ansicht, daß man nicht nur andere, sondern auch sich selbst verraten kann. Ich will mich jedoch auch nicht aus dem, wie die Einlassungen gelaufen sind, herausziehen und sagen, ich hätte von nichts gewußt. Ich trage genauso wie die anderen die Verantwortung dafür.

Es gibt verschiedene Formen der Einlassung. Warum habt ihr euch gerade für diese Form entschieden?

SEYHO: Es war eine antifaschistische Aktion, bei der es keine Tötungsabsicht gab. Wir haben uns deshalb für die schwierigste Variante, nämlich freie Frage-Antwort-Spiel entschieden, weil wir uns dachten, wir sind im Recht und wir werden nur die Realität darstellen. Ich denke, mit einer anderen Form von Einlassung wäre es sehr schwierig gewesen, diese Anklage überhaupt zu kippen. Viele Fehler wären vermeidbar gewesen, wenn sich auch andere Leute engagierter eingesetzt hätten, z. B. auch die Verteidiger. Die Anwälte haben den Prozeß geleitet und wir haben die Risiken auf uns genommen. Ich würde solch eine Strategie jedoch nicht anderen empfehlen für zukünftige Prozesse. Denn jeder Mensch muß für sich selbst entscheiden, was für ihn und die politische Entwicklung in Deutschland positiv ist und was getan werden muß, damit Schritte vorwärts, nicht rückwärts gemacht werden. Aber übertragbar ist das nicht.

ABIDIN: Als uns klar war, daß wir die Einlassungsstrategie führen wollen, blieb uns sehr wenig Zeit übrig. Es war verschiedene Überlegungen in der Diskussion, z. B., daß man Einlassungen auch schriftlich machen kann oder das man nicht alle Fragen beantworten muß und bei den Fragen, die für uns auch wichtig waren zu beantworten oder thematisieren, daß wir uns vorbereiten müssen. Von Vielen wurde es, objektiv gesehen, nicht ernstgenommen und man hat auf seine eigne Faust gehandelt.

FATMA: Ich weiß nicht genau, wie die Diskussionen um die Einlassung gelaufen sind. Ich dachte, das Schriftliche wäre dann die Einlassung. Jetzt kann ich sagen, daß es besser gewesen wäre, mit den Einlassungen im Prozeß zu warten, wie die anderen sich dazu äußern. Es gibt viele Formen und ich glaube, das war die schlechteste Form der Einlassung. Meine Kritik an den Anwälten ist an dem Punkt, daß sie versucht haben, uns ihre eigne Strategie aufzudrücken. Hätten wir mehr zusammen bestimmt, hätten die Anwälte auch nicht so ihre eigne Strategie durchdrücken können.

Die Mordanklage ist zusammengebrochen, der Staatsschutz mehr und mehr auf die Anklagebank gerückt. Abidin wurde freigesprochen. Staatsanwaltschaft, Gericht und Verteidiger trafen dann ein „Abkommen". Was beinhaltet dieses Abkommen und warum habt ihr dem zugestimmt?

CARLO: Warum wir zugestimmt haben? Nun, das ist ganz einfach. Die Leute wollten raus!

FATMA: Ich war erstmal gegen dieses Abkommen, aber es war klar, daß ich mich der Entscheidung der anderen anschließen werde. Wir haben sofort o.k. gesagt, ohne darüber nachzudenken, was dieser Deal uns bringt und was wir dabei verlieren. So haben wir auf alles verzichtet: Das die Staatsschützer verhört werden, das die Faschisten verhört werden. Ich denke der Preis dafür, drei Monate draußen sein zu können, ist ganz schön hoch. Vielleicht hätten wir trotzdem unser Ziel nicht erreicht, auch wenn wir gute Chancen hatten. Aber so schnell sollte man, auch wenn´s schwierig wird, eigentlich nicht aufgeben.

SEYHO: Ich habe dem Abkommen zugestimmt, weil einige von uns die Haftbedingungen nicht durchstehen konnten. Ich sah auch die Gefahr, daß, nachdem der Staatsschutz verhört worden wäre, der Prozeß wieder zu unserem Schaden emotionalisiert worden wäre, dargestellt von anderen Zeugen. Dazu beigetragen hat auch der defensive Charakter unserer Verteidiger in Bezug auf den Prozeßablauf.

ABIDIN: Politisch gesehen, finde ich diesen Deal falsch, weil damit auf Vieles verzichtet wurde. Es wäre mehr für uns rauszuholen gewesen. Doch uns sollte klar sein, daß auch diese Einlassungen Teil eines Deals waren. Obwohl ich diese Einlassungen richtig fand, war ich der Meinung, daß wir in der Offensive bleiben müssen und diesen Deal in der Offensive abschließen müssen. Das ist nicht gelaufen. Wenn ich jedoch draußen mitkriege, daß viele Leute den Prozeß als Niederlage betrachten, bin ich nicht ihrer Meinung. Wir brauchen unsere Erfolge nicht unter den Tisch kehren und uns selbst demoralisieren.

Die Aktion im Chinarestaurant war eine von vielen spontanen Verhinderungsaktionen der antifaschistischen Bewegung, mit dem Unterschied, daß dabei ungewollt ein Faschist getötet wurde. Sie war in der Öffentlichkeit nicht unumstritten und warf innerhalb der Antifabewegung durchaus Fragen auf. Was denkt ihr, kann mensch aus dieser Erfahrung lernen?

FATMA: Wenn man irgendwo hingeht, daß man dann nicht als spontan zusammengewürfelte Gruppe einfach dahin geht. Das man vorher sich noch mal hinsetzt, guckt, was man dabei hat, nochmals die ganze Situation durchspricht und überlegt, was passieren kann und was nicht passieren darf. Und wenn die Zeit nicht vorhanden ist, dann lasse ich das. Und besonders nach einer Aktion nochmals durchsprechen, was auf mich zukommen kann und wie gehe ich damit um.

ABIDIN: Diese Aktion mit all ihren Fehlern ist für mich nur eine von vielen innerhalb der antifaschistischen Bewegung. Und es war meiner Meinung nach nur Glück, daß nicht schon früher dabei ein Faschist umgekommen ist. Eigentlich hätte eine Diskussion darum, wie zu verhindern wäre, daß bei Aktionen ungewollte Sachen passieren, schon viel früher innerhalb der Antifa geführt werden müssen. Doch spätestens jetzt, nach diesen Erfahrungen, ist es dringende Aufgabe von uns allen, sich darüber ernsthaft Gedanken zu machen.

CARLO: Die Leute sollen sich besser organisieren oder so.

VOLXSPORT GEGEN FASCHO

in der nacht zum 13.12.94 haben wir den orangenen volvo hh-c 1153 des faschisten wolfgang unold abgefackelt. wolfgang unold ist student und mitglied in der extrem rechten burschenschaft normania, in deren haus er auch wohnt, (kurzer buckel 7). die normania gehört dem dachverband "deutsche burschenschaften" an. außerdem taucht sie in der abonentInnenliste der rechtsextremen zeitung "junge freiheit" auf, in der sie auch inseriert. wolfgang unold selbst ist pressesprecher des rechtsextremen "forum 90", ein eingetragener verein, mit sitz in heilbronn vorsitzender ist michael dangel.
"forum 90" bekennt sich zu einem gesunden, geläuterten nationalismus"; dessen selbstverständnis ist jedoch durchgehend von sozial-darwinistischer und rassistischer denkstrukturgekennzeichnet.
das "forum 90" hetzt gegen ausländerInnen und andersdenkende menschen und wirbt in einschlägig rechtsextremen zeitschriften wie " europa vorn", "junge freiheit" und "nation und europa" für sich und seine ziele. hochschulgruppen des "forum 90" existieren in mannheim, heidelberg und karlsruhe. desweiteren versucht wolfgang unold mit der "königlich-liberalen liste" (kölili) auch in heidelberg eine rechte hochschulgruppe zu etablieren. bei der rechtsextremen partei "die republikaner", die er bei den letzten gemeinderatswahlen auf listenplatz 6 kandidierteister seit einiger zeit mitglied. in einer zeit, in der seit 1989 85 menschen von faschisten ermordet wurden, in der faschistische organisationen und parteien völlig legal sind, und unter dem schutz der deutschen polizei agieren können, ist es notwendig, den faschisten widerstand entgegen zu setzen. die aktion soll klarstellern, daß faschisten hier nicht sicher sind und weiterhin mit angriffen zu rechnen haben.
zerschlagt faschistische strukturen.

antifaschistisches kommando

(Nächstesmal bitte ein lesbares BekennerInnenschreiben losschicken!!!!!
die Redaktion)



Kein Frieden mit Deutschland - die Fortsetzung

Am 10. und 11. Dezember trafen sich 80 Menschen aus 15 Städten der BRD zur Vorbereitung einer antinationalen Aktion rund um den 8. Mai 1995, dem 50. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands und der Befreiung vom Faschismus. In dem Aufruf der einladenden Gruppen aus Hamburg und Berlin heißt es: *"Wir gehen davon aus, daß eine Aktion um den 8. Mai den geschichtlichen Anlaß nicht von der gegenwärtigen Politik abtrennt, sondern sich eingedenk der Ereignisse vor 50 Jahren auf die jetzige und auf die zu erwartende deutsche Politik konzentriert. Wir gehen davon aus, daß die Aktion jedem positiven Bezug auf die deutsche Nation und den deutschen Nationalismus entgegentritt."*

Am ersten Tag des Treffens wurden starke Unterschiede deutlich, die dann auch konsequenterweise zum Wegbleiben derjenigen geführt hat, die sich eine allgemeine linke und antifaschistische Mobilisierung erhofft hatten - oder schlicht die Einladung nicht gelesen hatten.

Am zweiten Tag des Treffens wurde, auf Grundlage des Aufrufs, beschlossen, rund um den 8. Mai eine antinationale Aktion zu versuchen. Auftakt der Aktivitäten soll eine Aktion in Dresden sein, wo im Februar Gedenkfeiern aus Anlaß des 50. Jahrestags der Bomabrdierung durchgeführt werden. Es soll im Januar ein Aufruf erstellt werden, der zu den Aktionen aufruft und darüberhinaus grundsätzliche Einschätzungen zur Entwicklung in Deutschland enthalten soll. Auf einem Nachfolgetreffen soll dann auch endgültig über die Durchführung von Aktionen beraten werden.

Wir wollen auf unserer Veranstaltung noch einmal ausführlicher über dieses Treffen berichten und die Streitpunkte der Diskussion nochmals zur Diskussion stellen:
Der Streitpunkt, der auf dem Treffen zum Bruch führte, war die Frage, inwieweit die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten gerechtfertigt war. Die mehrheit der Anwesenden waren dieser Auffassung. Der Nationalsozialismus war nicht irgendein politisches System, ihn zu besiegen waren alle Mittel erlaubt, so die einen. Die anderen argumentierten, daß auch Bomber Harris ein Schwein gewesen sei, der die imperialen Interessen seines Landes vertreten habe, und daß es nicht anginge, sich mit diesen Interessen gemein zu machen. Grund dieses Streits ist die unterschiedliche Einschätzung des Nationalsozialismus. Ein Diskutant sagte, gegen das Mitleid mit den deutschen Bombenopfern, daß es - nach der Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum "totalen Krieg" (Goebbels) - faktisch keine Zivilbevölkerung mehr gegeben hätte. Als ein inhaltliches Essential wurde daraufhin das Bekenntnis zur Politik der Alliierten festgehalten.

Einen weiteren Streit gab es um die Frage, ob nicht antinational ausreichend beschreibe, worum es geht. "Antideutsch" wurde von einigen als zu unspezifisch angesehen; das Problem sei schließlich die Nation an sich, und da sei es egal welche. Auch hier kamen unterschiedliche Sichten auf den NS zutage: antideutsch, so die einen, beschreibe den Vernichtungswillen, den deutsche Politik im Gegensatz zu anderen auszeichne; exemplarisch wurde hier immer wieder die Shoah benannt, die keiner ökonomischen oder sonstigen Rationalität folgte. Überraschend war hier, daß diejenigen, die diese Einschätzung nicht teilten, eine ungeheure Kälte gegenüber Überlebenden der NS-Vernichtungsmaschine zeigten, während sie wegen der Dresdner Bombenopfer fast nachträgliche Tränen vergossen. Später wurde eingeschätzt, daß die Haltung zur Bomabrdierung Dresdens faktisch ein Lakmustest für die Haltung zu diesem Land und seinen BewohnerInnen ist. Beschlossen wurde, im Aufruf genau herauszuarbeiten, wo die Unterschiede des allgemeinen Konstrukts Nation zum deutschen Sonderweg liegen. Deswegen wurde die Verbindung antideutsch und antinational bekräftigt.

Als weiteres Essential wurde verabschiedet, daß in einem Aufruf zum 8. Mai und einer entsprechenden Aktion oder Demonstration kein positiver Bezug auf den Befreiungsnationalismus genommen werden darf. Dieser Punkt ist sicherlich vielmehr Streitpunkt, als dies auf dem Treffen deutlich wurde. Desweiteren wurde kontrovers über das Verhältnis zu den Überlebenden der Konzentrationslager diskutiert.

Über diese Punkte wollen wir auf unserer Veranstaltung reden. Wir können uns vorstellen, daß es erneut zu heftigen Streits kommt und wir wollen das auch. Unsere Veranstaltung soll auch ein Versuch sein gegen die Debattenunfähigkeit gerade der sich auf einen Massenansatz beziehenden Linken. Was wir nicht hinnehmen werden sind Beschimpfungen wie "linker Nazi", die auf dem Treffen gesagt worden sind. Außerdem wollen wir - anders als am ersten Tag des Treffens - eine Diskussion, in der viele sich zu Wort melden. Denkbar wäre auch, sich über Berliner Aktionen und Aktivitäten auszutauschen und zu sehen, inwieweit zusammen etwas geht.

ak kassiber berlin

Antinational und antideutsch zum 8. Mai 1995?

Diskussionsveranstaltung am Donnerstag, den 22.12., 20 Uhr
im X-B-Liebig, Liebigstr. 34, Friedrichshain

visdp: u. moritz, 10247 berlin

EU-GIPFEL ESSEN

Größte Massenfestnahmen der Nachkriegsgeschichte

Aktionsbündnis fordert Rücktritt von NRW-Innenminister Schnoor

Trotz der Festnahmen von über 1.000 Menschen - ein Novum in der Geschichte bundesdeutscher Polizeieinsätze - konnten die Demonstrationen gegen das Gipfeltreffen der EU nicht unterdrückt werden.

Nachdem sich das Bundesverfassungsgericht bis Samstag vormittag aus Zeitgründen nicht imstande sah, ein neues Grundsatzurteil zu fällen, und somit das Demonstrationsverbot nicht aufgehoben wurde, kam es in der Essener Innenstadt zu mehreren Spontandemonstrationen , an denen sich mehr als 3.000 Menschen beteiligten.

Die zur Begründung des Demonstrationsverbotes von der Polizei herbeigeredeten gewalttätigen Ausschreitungen blieben aus. Die Polizei reagierte mit der Einkesselung größerer Demonstrantengruppen. Beim Abtransport der Eingekesselten kam es zu brutalen Übergriffen der Sicherheitskräfte. Menschen, die sich lediglich der Ordnungswidrigkeit mit der Teilnahme an einer Verbotenen Versammlung gemacht hätten, wurden in Plastikfesseln abgefgührt undteilweise geschlagen und getreten. Hierbei kam es zu einigen schweren Verletzungen.

Ein besonders herausragendes Beispiel der Polizeiwillkür zeigte sich am Vorabend der Demonstration: zwei Personen aus Berlin wurden mit ihrem Auto angehalten und in Form eines Anti-Terror-Einsatzes mit vorgehaltener Waffe festgenommen und mit über den Kopf gestülpten Säcken abtransportiert. Ein Kasten Mineralwasser, ein Reservekanister und eine Rolle Toilettenpapier in ihrem Kofferraum wurden von der Polizei zu Molotowkocktails erklärt.

Es wird deutlich, daß mit der Durchführung des Demonstrationsverbotes in Essen eine neue Dimension der Einschränkung des Rechtes auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschaffen wurde. Sollte sich das Essener Demonstrationsverbot und seine juristische Vorgeschichte zu einem neuen Modellfall des politischen und polizeilichen Umgangs mit kritischer Opposition entwicklen, kann zukünftig jede relevante Mobilisierung einer linken Opposition in der BRD kriminalisiert werden.

Die von der Landesregierung propagierte liberale Innenpolitik muß angesichts dieser Geschehenisse als übelster Zynismus aufgefaßt werden.

Wir fodern den Rücktritt von Innenminister Schnoor, der die politische Vera ntwortung für den polizeistaatlichen-Sicherheitseinsatz übernommen hat.
Trotz der massiven Hetze und Diffamierung haben wir uns die inhaltliche Diskussion und Foderungen einer linken EU-Kritik nicht nehmen lassen.

Essener Bündnis gegen den EU-Bündnis 11.12.1994

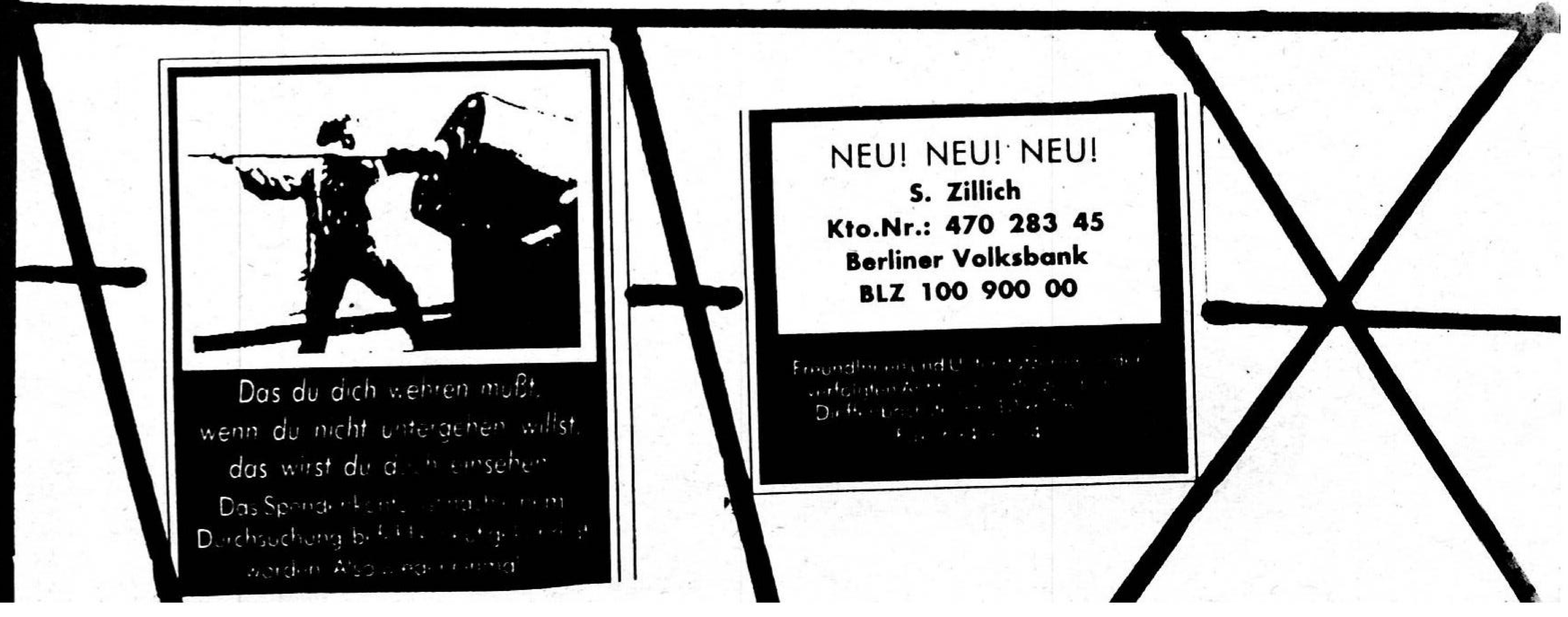
EU-GIPFEL ESSEN

Bericht des Ermittlungsausschusses Stand: Sonntag, 11.12.94, 2.20 Uhr

Innerhalb der Essener Innenstadt gab es zwischen 12.00 und 17.30 Uhr über 1000 Festnahmen.
Die Zahl der Festnahmen war so hoch, daß am späten Nachmittag Festgenommene zum Teil auf dem Weg zu den Gefangenensammelstellen nach einer Personalienfeststellung (z.T. auch ohne Personalienfeststellung) direkt aus den Bussen freigelassen werden mußten.
Es handelt sich um die größte Massenverhaftung der Nachkriegsgeschichte. Ausdrücklich muß erwähnt werden, daß den Verhaftungen keinerlei strafbare Handlungen vorausgegangen sind.
Die Festnahmesituation:
Beim Abführen der Eingekesselten am Hauptbahnhof kam es mehrfach zu Knüppeleinsätzen, um Leute herauszugreifen. Da PassantInnen noch Presse vom eigentlichen Kessel durch einen Polizeiring mit einem Zwischenraum von ca. 20 m Sperrzone getrennt waren, konnten keine genauen Einzelheiten berichtet werden (bisher).
Die beiden Kessel auf Höhe der Burgplatzes wurden zusammengedrängt. SEK-Einheiten rempelten mehrfach und stießen mehrfach mit ihren Stöcken zu. Beim Abführen wurden zahlreiche Frauen an den Haaren weggezogen, einigen sind Büschel von Haaren ausgerissen worden.
Gegenüber ausländischen Menschen fielen mehrfach rassistische Beschimpfungen, es entstand der Eindruck, daß diese Menschen im Vorfeld, während der Festnahme und auch in Gewahrsam besonders menschenunwürdig behandelt worden sind. Insgesamt 6 der festgenommenen türkischen Menschen erlitten z.T. schwerere Verletzungen von Prellungen bis hin zu Kopfverletzungen und Gehirnerschütterung.
In einem Fall wurde ein bereits aus dem Kessel Abgeführter von 3-5 Beamten gleichzeitig mit Schlägen und Tritten bewußtlos geprügelt, 10 m über den Boden geschleift und an einer Wand -von ca. 10 Beamten umringt- weiter traktiert, obwohl er bereits bewußtlos war und bei der Festnahme keinen Widerstand geleistet hatte. Ärzten wurde der Zugang verweigert, etwa eine halbe Stunde ließen die Beamten ihn ohne jede medizinische Versorgung auf dem Asphalt liegen.
Bei der Einkesselung von Menschen aus dem Weihnachtsmarkt kam es mehrfach zu Stoßereien, einige Menschen wurden in ein Karussel abgedrängt. An diesem Platz wurden jedoch nicht alle Anwesenden festgenommen und auch der Kessel bestand nur kurzfristig.
Am späten Nachmittag machten SEK-Gruppen in der Innenstadt Jagd auf kleinere Gruppen von Menschen, die auf dem Nachhauseweg waren. Bei diesen Verfolgungsjagden kam es in der Regel zu massiven Übergriffen. In einem Fall wurden Menschen in einen Hauseingang abgedrängt und dort von einer SEK-Einheit zusammengeschlagen.

Allen Festgenommenen (auch Minderjährigen) wurden Plastikfesseln angelegt, die z.T. so fest angezogen waurden, daß es zu Verletzungen an Armen und Handgelenken kam.

Mit diesen Fesseln mußten die Festgenommenen über mehrere Stunden (bis zu 3 1/2) ausharren.
Die Sammelstellen:
Die Gefangenensammelstellen waren völlig überfüllt, in der Kaserne der Bereitschaftspolizei am Beckmannsbusch waren Festgenommene in zwei Schießständen untergebracht, die z.T. von behelmten und mit Schlagstock ausgerüsteten Beamten abgesichert waren. Es gab mehrere Übergriffe, bei denen Einzelpersonen aus der Gruppe herausgeprügelt und mitgenommen wurden.
Während der gesamten Zeit der Festnahme gab es für die Festgenommenen keine Verpflegung und nichts zu Trinken. Zur Toilette wurden die Menschen nur nach mehrfachem Drängen gehen gelassen.
Die am Freitag und in den frühen Morgenstunden des Samstags Festgenommenen, die in den Sammelstellen übernachten mußten erhielten in den ungeheizten Räumen keinerlei Decken.
ImmigrantInnen wurden in einem Extra-Bus zusammengepfercht und erhielten eine Sonderbehandlung, bei der u.a. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse abgefragt und gespeichert wurden. Alle ImmigrantInnen wurden erkennungsdienstlich behandelt und spät in der Nacht zu verschiedenen Stellen gefahren. Sie erhielten einen zweimonatigen Platzverweis für das Stadtgebiet!
In den frühen Morgenstunden waren fast alle Festgenommenen wieder freigelassen. Allerdings ist in fünf Fällen der Verbleib von Festgenommenen nicht klar, in einem Fall gehen wir von der Verhaftung des Betroffenen aus.



EU-GIPFEL ESSEN

Information des Ermittlungsausschusses Essen

Liebe Leute !
Erstmal wollen wir uns hiermit herzlich bedanken für die Zusammenarbeit und Unterstützung durch andere EA`s und natürlich bei allen Gefangenen, die sich nach der Entlassung bei uns zurückgemeldet haben.
Sicherlich könnt ihr euch vorstellen,dass bei uns die Hölle los war, bei ca. 1000 Festnahmen.Sowas hat es in der gesamten Geschichte seit 45 bisher noch nie gegeben.
Weil unsere Telefone während der gesamten Zeit heissgelaufen sind, haben uns viele Leute und detaillierte Infos nicht erreicht.

Desshalb wenden wir uns jetzt noch einmal an alle Betroffenen :

Kurzinfo : Am Samstag gab es tatsächlich an die tausend Festnahmen; davon einige, deren Personalien aufgrund der Überfüllung aller Gesa-Stellen nicht mehr aufgenommen worden sind.Verhaftet wurden auch etliche Minderjährige und PassantInnen aus der Innenstadt. In Zusammenhang mit den Einzelfestnahmen aus den Kesseln und bei der Verfolgung kleinerer Gruppen durch SEK-Einheiten , kam es mehrfach zu Knüppeleinsätzen und brutalen übergriffen, bei denenLeute zum Teil schwer verletzt wurden. Auf den Gesa-Stellen bzw. bei den Transporten dorthin, wurde in einigen Fällen ebenfalls geprügelt.
Wichtig-insbesondere für die Leute aus dem Kessel am Hbf-ist das Info,dass die Einkesselung bereits vor der Aufforderung,den Platz zu räumen,vollzogen war.Das ist durch Video-Aufnahmen belegt. Das Bündniss gegen den EU-Gipfel hat rechtliche Schritte gegen Verbot ,Einkesselung und Massenverhaftungen eingeleitet und empfiehlt allen Betroffenen,gegen die Einkesselung zu klagen. Bei der bisherigen Rechtssprechung wurden Kessel als verfassungswidrig erklärt,die Eingekesselten erhielten Schadensersatz.

WICHTIG: Um einen möglichst genauen Überblick über die gesamte Situation zu erhalten,bitten wir euch,möglichst schnell eure Gedächtnissprotokolle einzureichen.
Darüber hinaus hätten wir gerne Infos über die unverschämte Behinderung bei der Anreise:
Wieviele Leute aus welchen Städten sind bei der Anreise aufgehalten bzw. zurückgeschickt worden? Um wieviel Uhr (vor Verkündung des Urteils) und an welchen Ort? Gab es hier Übergriffe,besondere Vorfälle,polizeiliche "Begründungen"?
Da einige schwer verletzt worden sind,bitten wir alle AugenzeugInnen,dies möglichst genau darzustellen (Uhrzeit,Ort,Zahl der beteiligten Bullen,eventuell Einheit)
Augenzeugen brauchen wir auch bezogen auf die brutale Festnahme an Auto durch die Anti-Terror-Einheit in der Innenstadt,am Freitag abend (nähe Aalto-Theater)
Schickt uns möglichst viele Fotos\Videos,falls ihr welche habt.
Wäre auch gut,wenn sich die JournalistInnen,die verprügelt oder behindert worden sind kurz melden würden.

Teilt uns bitte eine Adresse aus eurer Stadt mit,über die wir euch weitere Infos und Termine für Nachbereitungstreffen,... schicken können.

mit solidarischen Grüssen

EA-Gruppe Essen

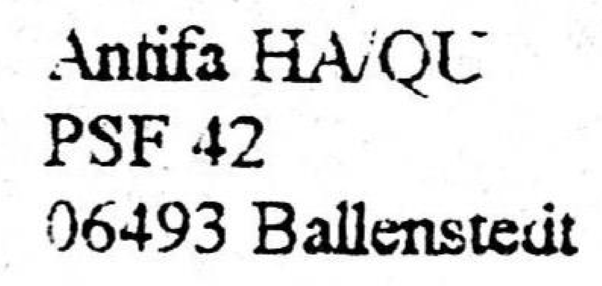
Kontaktadresse: ausserer Umschlag:
NaturfreundeJugendEssen
Postfach 102745
45027 Essen
innerer Umschlag:
EA gruppe Essen

Mordversuch an einem Antifaschisten in Halberstadt

Nach den Morden von Rothenburg und Zittau gab es nun auch in Halberstadt einen Mordversuch. Das Opfer des hinterhältigen Anschlages von Neofaschisten war wieder ein Antifaschist.
Am Montag, den 12.12.1994, wurde Mario S. gegen 21.00 Uhr durch die bekannten Neonazis **Mike Freise, Enrico Kühne, Hagen Kraul, Peter Karesch, Mike Genso, Jörco Roll** und dem 13jährigen **Nötzel** angegriffen und durch zwei Messerstiche in die Lunge und den Rücken lebensgefährlich verletzt.
Im Vorfeld dieses Überfalls zogen die genannten Jugendlichen prügelnd und raubend durch Halberstadt - so überfielen sie u.a. sechs Mormonen, die der Stadt einen Besuch abstatteten und raubten einem älteren Halberstädter Bürger das Geld, das er zuvor an einem Geldautomaten verfügt hatte.
Am Dienstag, den 13.12.1994 bewegten sich die Neonazis immer noch ungehindert durch Halberstadt, ohne daß es die Polizei und die Staatsanwaltschaft als notwendig erachteten, die Täter festzunehmen. Diese unverständliche Zurückhaltung deckt sich mit dem Verhalten bei vorangegangenen faschistischen Morden und Übergriffen, denn auch in Rothenburg und Zittau wurden die Morde als Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendgruppen abgetan. Diese Behauptungen lassen sich durch die Tatsache widerlegen, daß die Täter in allen Mordfällen festen neofaschistischen Strukturen angehören. So war z.B. **Mike Freise** engagiertes Mitglied der **Nationalistischen Front (NF)** und beteiligte sich bereits mehrfach an Übergriffen auf Flüchtlinge, Andersdenkende und deren Zentren. Es ist eine Strategie des Staates, faschistische Strukturen zu leugnen und den antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren, wie es in Rothenburg, Zittau und jetzt auch in Halberstadt geschah.

Wir fordern deshalb alle BürgerInnen auf, der zunehmenden faschistischen Gewalt und deren Ursachen entgegenzutreten.

Kein Vergeben, kein Vergessen! Kampf allen faschistischen Organisationen und ihren Mittelsmännern in Staat und Gesellschaft!


Antifa HA/QU
PSF 42
06493 Ballenstedt



ANTIFA (M) UND DIE FREUNDINNEN IRLANDS

Von Göttingen lernen heißt siegen lernen !!!? – oder vom Umgang mit der Kritik ???!

In der Interim 307 erschien ein ungewöhnlicher Artikel einer Gruppe "FreundInnen Irlands" mit der Überschrift "Seelig sind die Bekloppten, denn sie brauchen keinen Hammer!", der einiges Aufsehen und Kontroversen hervorrief.Was war passiert ? Im Vorfeld der Demo am 19.11.94 in Göttingen, die von der "Autonomen Antifa (M)"– weiter kurz AA/M genannt – als bundesweite Demo geplant wurde, gab es Kritik anderer autonomer Gruppen aus Göttingen, die sich in der Bündnispoltik durch AA/M übergangen, unter Druck gesetzt und instrumentalisiert fühlten. Dies führte zu der Ankündigung, sich nicht an der Demo am 19.11.94 zu beteiligen. Hierauf antwortete erstaunlicherweise nicht die kritisierte AA/M selbst, sondern die bislang wenig bekannten"FreundInnen Irlands" meldeten sich mit dem bereits erwähnten Artikel zu Worte. Inwieweit sie dazu von der AA/M autorisiert oder ermutigt waren, ist nicht bekannt, jedenfalls hat sich AA/M bislang nicht davon distanziert, was dringend überfällig wäre. Es soll an dieser Stelle nicht weiter um die Göttinger Auseinandersetzungen um die AA/M gehen , über die eine kritische Debatte bundesweit notwendig erscheint, um neuen Mystifizierungen und Avantgardephantasien entgegen zu wirken.

Tatsächlich tut der Artikel der "FreundInnen Irlands"– weiter kurz FI genannt– auch in Berlin schon Wirkung, indem er unterschwellige Spannungen und nicht ausgetragene Kontroversen zum Platzen bringt. Hierbei bedient er sich einer unerträglichen aggressiven, hetzerischen und menschenverachtenden Sprache. In der Überschrift "Seelig sind die Bekloppten, denn sie brauchen keinen Hammer" verwenden FI eine reaktionäre Redensart, die in sich unsinnig ist und indirekt eine brutale Aggression gegen geistig,körperlich und psychisch Behindert–Werdende zum Ausdruck bringt. Etwa in der Art, daß Behindert–Werdende schon mit dem "Hammer""bekloppt" wurden und deswegen nichts mehr checken, oder daß Behindert–Werdende weiter mit dem "Hammer"bearbeitet werden dürfen, denn die würden davon nichts mehr merken, da sie ja schon "bekloppt"sind. Beide sich dunkel andeutenden Verständnismöglichkeiten offenbaren angesichts der täglichen Gewalt gegen Behindert–Werdende einen menschenverachtenden Zynismus der FI. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß die tägliche Gewalt gegen Behindert–Werdende historisch unter den Bedingungen des Faschismus nahtlos in die Ermordung dieser Menschen in "Euthanasie"–programmen überging und auch heute Behindert–Werdende wieder Ziel faschistischer Angriffe sind."Behindert–Werdende" ist übrigens gegenüber dem sonst gebräuchlichen "Behinderte" korrekter, da auf diese Weise klarer wird, daß sie nicht von sich aus in ihrer Einzigartigkeit als Menschen behindert sind, sondern durch die Mitmenschen und die Gesellschaft in der Entfaltung ihrer Lebensmöglichkeiten "behindert werden" bzw. diese ihnen vorenthalten werden. Wenn die FI von "Bekloppten" sprechen, so stellen sie sich damit in die Tradition eines faschistoiden Sprachgebrauches.

Aber auch im weiteren kennzeichnet sich der Text der FI durch einen unbekümmerten Rückgriff auf übelste reaktionäre Klischees. So die sich"proletarisch" gebende Sprache, während sie bei der Verwendung von Fremdwörtern ("Ornithologie"...etc.) und der indirekten Beschreibung universitärer Verhältnisse ("...zahlreiche Fachwissenschaftler...") ihren wie auch immer gearteten akademischen Hintergrund deutlich werden lassen wollen. Indem sie auf diese Weise kundtun wollen, daß sich aus ihrer Sicht wohl in einer "proletarisch" wirkenden Sprache am besten angreifen, hetzen und "Pöbeln" lasse, verraten sie eine tiefe Verachtung für die unteren und zur Arbeit gezwungenen Schichten und Klassen in dieser Gesellschaft.

Ein reaktionäreres Klischee von Oben über die Unten, wie die wohl sich auseinandersetzen würden, daß die nicht anders können, als zu "pöbeln" und dabei im Topf rechter Denkungsart zu fischen, ist kaum vorstellbar und verdiente gediegen die "proletarische Faust" auf die Nase. Und dabei bedienen sich FI dann gleich der oberfaschistischen "Dolchstoßlegende".Sie behaupten, daß von den Autonomen, indem sie"jammern und schmeißen mit Dreck"–damit meinen sie die Kritik an der AA/M !– ,"die größte Bedrohung für den sich entwickelnden Kampf...ausgeht,...nicht,wie mensch annehmen sollte,der Staat (hierfür)verantwortlich zeichnet.".Nachdem sie vorher im Text schon erklärt hatten, daß die Kritik "von sog. autonomen politischen Gruppen" "Counterdreck"sei, steigern sie sich zu der Schlußfolgerung:"Die Erfahrung zeigt, daß wir sehr viel mehr Zeit darauf verschwenden müssen, nach dem uns von sog. Linken von hinten reingerammten Messer Ausschau halten zu müssen als sich der faschistischen Gefahr von vorne zu widersetzen."(Originalzitat!!!) Das ist eine Kampfansage, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt! Nachdem die FI hiermit eine völlige Entsolidarisierung mit den"sog.Autonomen" vornehmen, orten sie in den Autonomen den Hauptfeind, der nach ihrem Verständnis viel gefährlicher sein muß als die Faschisten, da er sie ja von hinten"mit dem Dolch"angreife. Es ist zu befürchten, daß dieser Feinderklärung Taten folgen werden.

Historisch war die Erfindung der"Dolchstoßlegende" stets ein willkommenes Werkzeug der Konterrevolution. Nach dem 1.Weltkrieg behaupteten die Reaktionäre, die Novemberrevolution 1918 hätte als "Dolchstoß von der Heimat her rücklings der kämpfenden Truppe an der Front das Rückgrat gebrochen".Tatsächlich hätte der verbrecherische, völkermordende Krieg schon längst beendet und die Generäle und Rüstungskapitalisten zur Verantwortung gezogen gehört. Die Dolchstoßlegende war mit die wichtigste reaktionärste Lüge der Freikorps und später der Faschisten bei der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung. Bezeichnenderweise wurde eine Variante der Dochstoßlegende im Spanischen Bürgerkrieg 1936–39 von den Stalinisten dazu verwand, die POUM und die AnarchistInnen zu bekämpfen und zu ermorden, indem sie behaupteten, die Enteignungen von Kapitalisten und die Landnahme des Großgrundbesitzes durch die ArbeiterInnen und BäuerInnen schwächten den Krieg gegen Franco. Interessant ist überhaupt die Anleihe an stalinistischer Denkungsart in dem Text der FI als einem extrem autoritärem und diktatorischem politischen Konzept, das immer wieder vor allem den Hauptfeind in den eigenen Reihen suchte. So bekämpfte die stalinistische KPD vor 1933 vor allem die Sozialdemokratie als Hauptfeind statt des Faschismus. Später wurden dann politische Gegner in den eigenen Reihen weltweit ermordet und noch in den späten 70er Jahren bekämpften die stalinistischen Organisationen DKP,KPD,KPD–ML,KBW etc. Kritiker der Politik Moskaus oder Pekings aus dem spontaneistischen und sonstigen linken Spektrum mit Knüppeln und Eisenstangen. Auffällig bleibt zuletzt anzumerken, daß solche Dolchstoßlegenden und Hauptfeindvostellungen in den eigenen Reihen einen bevorzugten Zusammenhang mit männerorientierten, patriachalen, homosexuellenfeindlichen, autoritären und losgelöst militarisierten politischen Konzepten besitzen.

Ist der Text der FI ein Ausrutscher? Eine politische Entgleisung? Ein einmaliger Vorgang bei sonst korrekter politischer Theorie und Praxis? Angesichts des durchgängig reaktionären Grundtenors ist dies kaum vorstellbar. Man kann überlegen, inwieweit Elemente einer stalinistischen Vergangenheit über die alten Anti–Imp–Konzepte der FI überlebt haben.
Dies sind zunächst Spekulationen, zu deren Klärung die FI von sich aus beitragen
oder über die Diskussion gezwungen werden sollte.Solange dies nicht geklärt ist, bleiben Überlegungen über eine evtl. Staatschutzaktion kontraproduktiv.

IRLAND SOLIDARITÄT BERLIN

Eine kurze Anmerkung anläßlich der beiden Artikel

- "Seelig sind die Bekloppten, denn sie brauchen keinen Hammer!" von der Gruppe 'FreundInnen Irlands' (Interim Nr.307)

- "Kritik der Kritik der Kritik an der Antifa/M" von der 'Antifa Koordination Rhein/Mosel' (Interim Nr.311)

Da wir in letzter Zeit immer wieder auf die Auseinandersetzungen um den Artikel der 'FreundInnen Irlands' in der Interim angesprochen worden sind, möchten wir hier klarstellen:

In Berlin gibt es mehrere Einzelpersonen und Gruppen, die zu dem Thema IRLAND arbeiten. Eine davon ist die Gruppe **'FreundInnen Irlands'**, Herausgeberin der 'IRN' (Irisch Republikanische Nachrichten). Eine andere Gruppe sind wir, die **'Irland Solidarität Berlin'**.

Wegen grundsätzlich unterschiedlichen politischen Herangehens-weisen legen wir großen Wert darauf, nicht mit der Gruppe 'FreundInnen Irlands' verwechselt zu werden.

mit solidarischen Grüßen an alle Antifas,

Irland Solidarität Berlin

(c/o AStA FU, Kiebitzweg 23, 14195 Berlin oder Irland-Archiv im Papiertiger Cuvrystr.25, 10997 Berlin)

ANTIFA (M) UND DIE FREUNDINNEN IRLANDS

Es bleibt jedoch insgesamt das Erstaunen –oder besser: Entsetzen ! – ,daß so ein Text mitten in der revolutionären linken Szene nach den Diskussionen der letzten Jahre um autoritäre Konzepte und Patriachat entstehen, in der Interim abgedruckt und über Wochen nahezu unkommentiert stehen bleiben kann. In Einzeldiskussionen fällt dann immer wieder auf, daß der Text nicht richtig zur Kenntnis genommen wurde, manche die Sprache spaßig fanden, die Überschrift für eine harmlose Redensart gehalten wird, die überhaupt nicht gegen Behindert-Werdende gerichtet sei, außerdem seien das ja keine Intellektuelle, die könnten das ja nicht so genau wissen und schließlich sei es auch mal spannend, wenn Leute sich streiten, was ich denn überhaupt wolle. Ungemütlich wurden die Diskussionen ab dem Zeitpunkt, als in der Interim 309 und 311 die Kritik an der FI deutlicher wurde und von "faschistischem Gedankengut"im text der FI die Rede war. Im Clash im Wedding wurde eher als provokative Reaktion auf diese Kritik die FI für die nächsten Wochen zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen, in der dann bezeichnenderweise nicht über diesen Text, sondern über Irland gesprochen werden soll.Ich kann mir schon lebhaft vorstellen, daß eine Kritik an den FI dann als "Dolchstoß"gegen die Solidarität mit dem irischen Befreiungskampf angesehen werden wird.(Auch bei der Irland–Solidarität ging es ja immer um die schwierige Bestimmung einer kritischen Solidarität mit einer militanten–militarisierten Organisation wie der IRA im Kampf gegen eine imperialistische Armee und dem notwendigerweise beharrlichen Fragen nach der sozialrevolutionären Dimension dieses Kampfes !)

Beim gegenwärtigen Stand der noch nicht erfolgten Diskussion über die Politik der AA/M und das Papier der FI kann es nicht sinnvoll sein, sich pauschal als Faschisten ,Counteragenten, Hauptfeinde oder Dolchstössler zu bezeichnen bzw. sich durch die Kritik der anderen als solche bezeichnet zu fühlen. Eine solche Plakattierung hätte den Effekt, daß das produktive an einer solchen Auseinandersetzung, nämlich das Auffinden reaktionärer Elemente in der eigenen politischen Konzeption in einer solchen aktionistischen Feindbestimmung verloren ginge. Als linke und autonome Szene entgehen wir nicht der Verschärfung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, auch wenn dies so banal klingt. Ich wundere mich eher, daß bisjetzt eher so relativ milde miteinander umgegangen wurde, jedenfalls so soft, daß immer noch der Traum einer gemeinsamen Familienfeier –sprich: Kongreß – vorangetrieben werden kann.Rückblickend mußte die wie auch immer geartete revolutionäre und autonome Linke in den vergangenen Jahren etliche Demaskierungen und Desillusionierungen "erleiden" und sich – ansatzweise – "produktiv" damit auseinandersetzen. So mußten viele entdecken,daß der "reale Sozialismus" zwar real, aber nicht sozialistisch war. Die Frauen bekämpfen die Vergewaltiger und patriachalen Gewaltverhältnisse auch in der Szene und schließlich müssen sich viele die rassistischen Elemente und metropole Verfangenheit eigener politischer Praxis eingestehen. Wie soll es da ausbleiben, daß wir auch vermehrt auf reaktionäre und faschistoide Tendenzen in der eigenen Politik stoßen? (die gar nicht so sauber von uns zu trennen sein werden, damit wir uns ausreichend als "Hort"der guten und gerechten Sache sicher sein können und alles Böse abgespalten woanders unterbringen, um es dort bekämpfen zu können). Konkret heißt das aber auch, Feinderklärungen ernst zu nehmen, ehe es ein böses Erwachen gibt, die Diskussion zu forcieren und zu schauen, wo die Ebene der solidarischen Diskussion verlassen wird.

Konkret heißt das, daß das Clash seine Veranstaltung dahingehend überdenken sollte, daß es seine Beziehungen zur FI nutzt, diese aufzufordern, sich einer Diskussion über ihr Papier in einer selbstkritischen Weise zu stellen. Sollte dies nicht möglich sein und die FI sich weigern, ist das Clash aufgefordert, diese Veranstaltung abzusagen.Den FI wäre dann klar zu machen, daß ihr Erscheinen in autonomen Kreisen bis auf weiteres unerwünscht ist.

Unterstützt die irischen Kriegsgefangenen in Niedersachsen!!

Seit 1½ Jahren läuft in Celle ein Prozeß gegen Póilín Ó Cathàin, Donncha Ó Cathàin und Pádraig Murray, denen vorgeworfen wird, an Aktionen der IRA gegen die britische Rheinarmee beteiligt gewesen zu sein. Die 3 wurden im Juli 1989 in Frankreich festgenommen, woraufhin die BRD Auslieferungsanträge stellte. Im Juni 1990 wurde ebenso Donna Maguire mit Genossen an der belgisch-niederländischen Grenze festgenommen. Auch hier wurde sofort in der BRD ein Haftbefehl erlassen und die Auslieferung beantragt, die dann auch ein Jahr später nach einem Freispruch in den Niederlanden erfolgte.

Pat, Póilín und Donncha wurden im Sommer '92 in Frankreich für die Absurditäten "Verstoße gegen das Sprengstoffgesetz, Verwendung falscher Papiere, Hehlerei und 'Verbindung zu Rechtsbrechern'" zu 2 Jahren Knast verurteilt, die durch die U-Haft abgesessen waren. Anschließend wurden auch sie ausgeliefert. Dies war übrigens das erste Mal, das Frankreich die Europäischen "Anti-Terrorismus-Konvention" von 1977 angewendet hat.

Konkret wurde Póilín, Pat und Donncha vorgeworfen, an einem Angriff auf eine britische Kaserne in Osnabrück sowie auf einen britischen Söldner in Hannover beteiligt gewesen zu sein, dazu allgemein "Agententätigkeit zu Sabotagezwecken".

Von staatlicher Seite aus wird versucht, den in Celle stattfindenden Prozeß möglichst ruhig und unauffällig über die Bühne gehen zu lassen. So fährt die BAW mit Wissen und Brinkmann nur ihre zweite Garnitur auf, und auch der Vorsitzende Richter Volkart, ein SPDler, führt hier seinen ersten ganz großen Prozeß. Er bemüht sich, möglichst objektiv zu wirken und den Anschein zu erwecken, dies sei ein ganz normales Strafverfahren und kein politischer Prozeß. Auffällig ist noch, daß die Sicherheitsmaßnahmen im Gegensatz zu dem damaligen Prozeß gegen die beiden Garys in Düsseldorf ziemlich lax sind. So sind nicht einmal Bullen im Gerichtssaal oder vorm Gerichtsgebäude.

Nachdem sich Prozesse dieser Art offenbar nicht mehr als "Sehen-und-Gesehen-Werden" – Veranstaltungen besserer linker Kreise eignen, ist die fortschrittliche Öffentlichkeit natürlich mehr als gering. Daraus folgt leider auch, daß eine kontinuierliche Prozeßbeobachtung so gut wie nicht möglich ist, sondern aller Informationsaustausch mehr oder weniger zufällig ist.

Obwohl die beiden "großen" Anklagepunkte zusammengebrochen bzw. fallen gelassen worden sind, ist bisher nur Póilín seit dem Spätsommer auf Kaution draußen; sie darf allerdings Hannover nicht verlassen – außer zu den Prozeßterminen, versteht sich! – und muß sich jeden Morgen bis um 9 Uhr bei den Bullen gemeldet haben. Der verbleibende lächerliche Anklagepunkt der Spionagetätigkeit ist mit der U-Haft in Frankreich und der BRD mehr als reichlich abgesessen; die Höchststrafe hierfür im Falle einer Verurteilung wären 5 Jahre. Trotzdem wurden die Anträge der Verteidigung, dieses Theaterstück zu beenden, abgelehnt. nicht einmal eine Aufhebung der Haftbefehle ließ sich durchsetzen.

Aber auch diesmal scheint ein Pilotuteil gegen angebliche Mitglieder der IRA, das ein Verbot nach §129a ermöglichen würde, nicht realisierbar. Zumal jetzt auch der Prozeß in Düsseldorf gegen Donna und ihre 2 Genossen mit Freisprüchen beendet werden mußte. Es hängt für die Staatsschutzschweine also nun alles an Celle.



IRLAND SOLIDARITÄT

Trotz aller die Prozeßatmosphäre prägenden sozialdemokratischen Laxheiten darf nicht vergessen werden, daß der Prozeß und der lange Knastaufenthalt für die Gefangenen konkrete Repression und Schikane bedeuten. So dürfen sie, nachdem anfänglich niemand etwas dagegen hatte, keine Briefe auf Gälisch - die Sprache, in der zumindest Pat aufgewachsen ist - mehr schreiben bzw. empfangen, es sei denn, sie würden vorher nach Irland geschickt und dort übersetzt werden. Immerhin ist Gälisch die 1.Amtssprache eines EU-Landes; aber die "demokratische" Sprachpolitik hinsichtlich auch autochtoner Bevölkerung in der BRD (und der EU) sollte Linken ja bekannt sein.

Und auch Pat Murray, dem es gesundheitlich sehr schlecht geht, wird trotz Haftunfähigkeit weiter im Knast behalten.

Until all are free



we are all imprisoned

Im Moment wird offensichtlich versucht, den Prozeß in die Länge zu ziehen. So werden völlig nebensächliche Details, die mit der eigentlichen Anklage nicht das geringste zu tun haben, ausführlichst breitgewalzt und so die nun oft sehr kurzen Sitzungen gefüllt. Außerdem findet derzeit derProzeß nur 1x/Woche statt, anstatt 2-3x wie noch vorm Sommer und der Waffenstillstandserklärung.

Die Verzögerungstaktik des 4.Celler Strafsenats steht offensichtlich in Zusammenhang mit der veränderten Situation in Nordirland. Bei der zögerlichen Entwicklung des sogenannten Friedensprozesses ist nicht klar, welche Rolle die Gefangenenfrage in Nordirland spielen wird. Und speziell Pat ist in England zum Staatsfeind Nr.1 aufgebaut worden (u.a. wegen einer 10 Jahre zurückliegenden Aktion in Brighton, die seinerzeit für viel Aufregung sorgte und auch Maggie Thatcher vermutlich unangenehm in Erinnerung sein wird).

Es scheint so zu sein, daß der Prozeß in die Länge gezogen wird, um nicht möglicherweise ein politisch falsches Urteil zu fällen. Und was richtig und was falsch ist, wissen im Moment offenbar weder die BRD noch das britische Establishment. Wie auch immer: Jeder Tag im Knast ist ein Tag zuviel!

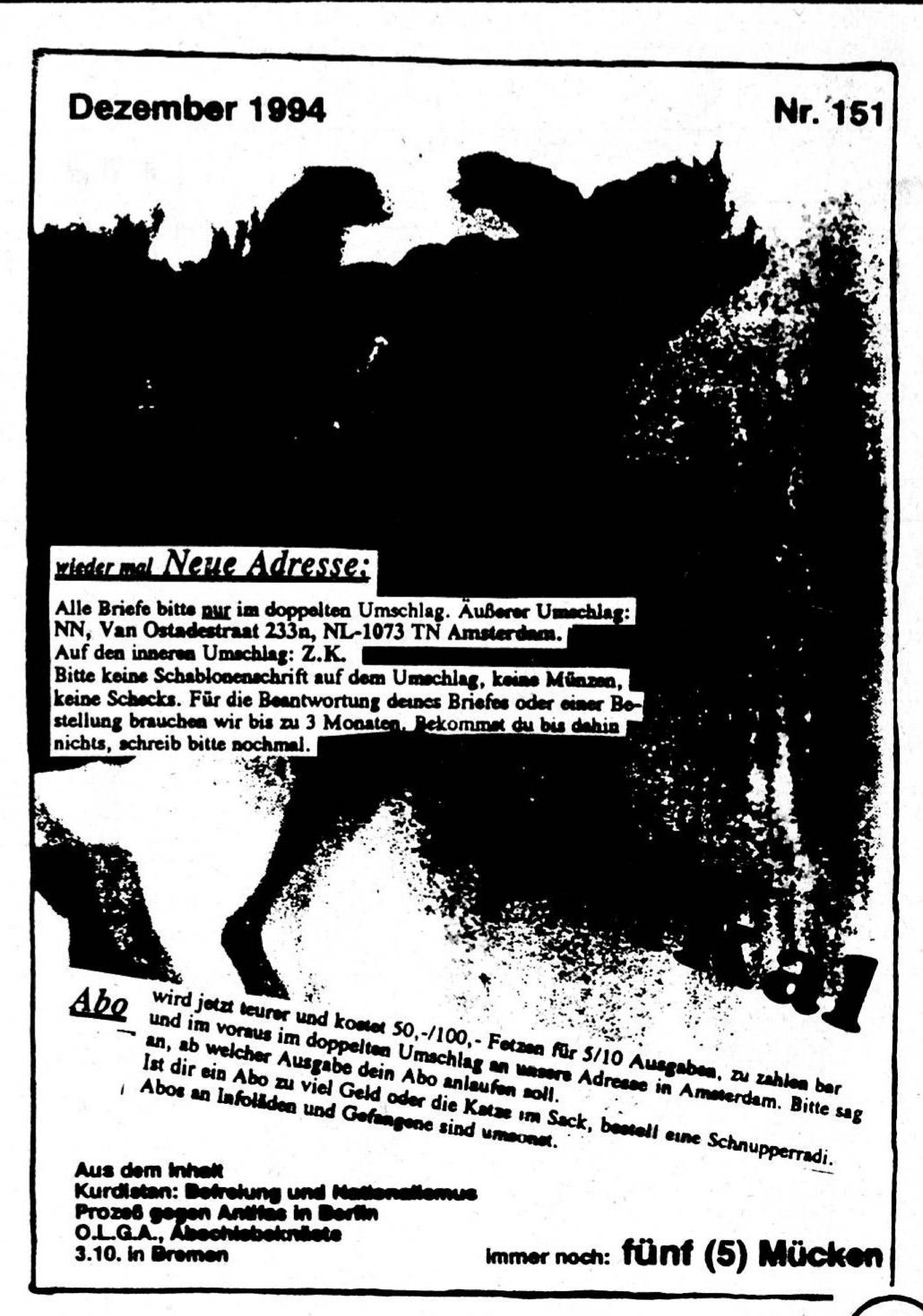
Seit dem 29.6.94 läuft ebenfalls in Celle der neue Prozeß gegen die in Düsseldorf freigesprochene Donna Maguire, die nun wegen derselben Geschichten angeklagt ist wie Póilín, Donncha und Pat. Aber wenn der erste Aufguß nicht schmeckt, schmeckt auch der zweite nicht!

Da sich die Medien europaweit nicht für die Prozesse zu interessieren scheinen, ist es wichtig, daß möglichst oft Leute (z.B. Ihr!) hinfahren, damit sie nicht völlig unbeobachtet ablaufen. Celle ist schließlich nicht weit weg. Außerdem freuen sich die irischen Kriegsgefangenen auch immer über Post. Die Adresse ist: 4.Strafsenat, OLG Celle, Schloßplatz 2, 29221 Celle.

Prozeßtermine:

Póilín, Donncha, Pat:		Donna:	
2.12.	10.15	8.12.	9.15
13.12.	10.15	14.12.	9.15
20.12.	10.15	21.12.	9.15
2.1.	14.00		
11.1.	10.15		
18.1.	10.15		
25.1.	10.15		
1.2.	10.15		
8.2.	10.15		

Kontakt: Ar Aghaidh, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Ham
Preisliste für t-shirts.für Kassetten gegen frankierte
Rückumschlag anfordern!



Fluglehrer(Innen?) oder Irrflieger(Innen?)?

Geschichte nicht einfach hinzunehmen, sondern wissenschaftlich zu erkennen und aufgrund von Sachkenntnis auf sie einzuwirken. Das ist der politische Einsatz, um den es geht.
Saül Karsz[1]

In der interim Nr. 311 v. 8. Dez. versuchen A&E&U, sich zum "Bruch der 'Broschürengruppe' mit Hegel" zu äußern. Wir hätten "weder Hegel noch andere Theoretiker richtig gelesen", würden aber so tun, als ob wir "die Weisheit mit Löffeln gefressen hätten".

Im Gegensatz zu uns scheinen A&E&U die Weisheit tatsächlich mit Löffeln gefressen zu haben und sehr genau zu wissen, was eine 'richtige' und was eine 'falsche' Hegel-Lektüre ist. Schade nur, daß die drei in ihrer Bescheidenheit vergessen, *Argumente* für ihre Kritik vorzubringen (sondern sich fast ausschließlich darauf beschränken, das *aufzulisten*, was sie für *falsch halten*). Schade erst recht, daß sie den *interim*-LeserInnen vorenthalten, *was* sie für das richtige Hegel-, etc. -Verständnis halten (außer, daß wir jetzt wissen, daß sie mit Löwenthal und Walter Benjamin zwei Vertreter der Kritischen Theorie kennen, die wir in unseren Texten nicht erwähnt hatten. Klasse, Ihr Feind[Innen?] der Halbbildung!).

Schade auch, daß A&E&U uns Positionen unterstellen, die wir niemals vertreten haben:

Reduzieren wir die Frankfurter Schule auf Lukács?

-- A&E&U wenden sich dagegen, "die Frankfurter Schule auf Georg Lukács (zu) reduzier(en)". Wir haben *nicht nur* die Frankfurter Schule *nicht "auf Georg Lukács reduziert*", *sondern nicht einmal* behauptet, Lukács sei auch nur ein *Teil* der Frankfurter Schule. Vielmehr betrachten wir Lukács als *Vorläufer* der Kritischen Theorie[2] - was einschließt, daß es Unterschiede/Entwicklungen zwischen jenem und dieser gibt. Zu diesen Unterschieden kann im übrigen in unserer Broschüre auf S. 160 und S. 166 etwas nachgelesen werden.

Erklären wir die Fehler der revolutionären Bewegung aus der Hegelschen Philosophie?

-- A&E&U wenden sich dagegen, "in einem Atemzug die Politik der RAF, die Fehler Stalins und die Volksfrontstrategie der KomIntern mit Mängel in der Hegelschen Philosophie zu *erklären*". Wir würden "den Hegelschen Idealismus als *Ursache aller* politischen Fehlentscheidungen, die die Geschichte revolutionärer Bewegungen ausmachten," geißeln (unsere Hervorh.).

Tatsächlich haben wir haben nie behauptet, daß sich bspw. die "Fehler Stalins ... mit Mängel in der Hegelschen Philosophie *erklären*" lassen. Wir haben vielmehr in unserem Flugblatt (abgedruckt in der interim Nr. 310 v. 1.12., S. 24) behauptet, daß Stalin zur Rechtfertigung seiner Politik an die "Dialektik-Konzeption Hegels *anknüpfte*". In unseren (von der *interim* leider nicht mit abgedruckten) Literaturangaben hatten wir dazu auf einen Aufsatz von Kallscheuer hingewiesen (s. S. 7 unseres Flugis). Er spricht dort vom Hegelianismus als "Bezugsrahmen, in den jeder stalinistische Schwenk ... mühelos eingepaßt werden konnte."[3]

Das heißt: Unseres Erachtens bestimmte Stalins Philosophie durchaus nicht - wie uns aber A&E&U unterstellen - seine Politik; vielmehr verschaffte ihr Stalins Politik erst ihre Wirksamkeit![4] Diese Politik war ihrerseits allerdings auch *nicht linear* von der materiellen Basis determiniert, *sondern* **eine** mögliche Reaktion auf die *ungelösten* und von ihr weiterhin nicht gelösten *Probleme* an materiellen Basis.[5] Insofern Stalins theoretische Bezüge die genannten Probleme verdeckt haben bzw. verdecken sollten, sind jene theoretischen Bezüge also durchaus auch politisch relevant!

Auch in Bezug auf die RAF sprechen wir hinsichtlich des Einflusses von Lukács und der Frankfuter Schule ausschließlich von der "*theoretischen* Ursache vieler" - nicht aller! - "Fehler in der alten und neuen Politik" (ebd.). Darüber hinaus sagen wir in unserer Broschüre durchaus etwas zu den *politisch-gesellschaftlichen Ursachen*, die der 68er Bewegung die Rezeption der Frankfurter Schule und - ab einem bestimmten Moment! - der RAF die Aufnahme von Theoriefragmenten derselben nahelegten (s. S. 125 und 128); in Stichworten: 'formierte BRD-Gesellschaft'; Scheitern der Mai-Offensive von '72.

So kann die jeweilige politische Konjunktur zwar *verständlich* machen, warum bestimmte theoretische Positionen aufgegriffen wurden. Dies macht unseres Erachtens aber nicht die Frage überflüssig, ob mit den fraglichen theoretischen Positionen jene politischen Konjunkturen richtig verarbeitet wurden oder ob adäquatere Theorien zur Verfügung standen / denkbar waren, und warum sie sich nicht durchsetzten.[6] Wenn das Stellen dieser Frage bereits zu jenen "selbst idealistischen" Argumentationen gehört, deren wir uns nach Ansicht von A&E&U bedienen, dann sind wir mit Überzeugung "idealistisch". Denn richtige Theorien ergeben sich nicht aus der spontanen Evidenz (Selbstverständlichkeit) der gemachten Erfahrungen. Vielmehr ist es erst die theorische Verarbeitung, die "Erfahrungen" bedeutend oder bedeutungslos macht; und der wissenschaftlich und politisch revolutionäre Wert dieser Theorien hängt davon ab, ob sie die gemachten "Erfahrungen" (bspw. die der Integriertheit der weißen Arbeiterklasse) bloß (letztlich zustimmend) *beschreiben*, oder ob sie deren Ursachen *erklären* - und damit die Möglichkeit (nicht die Garantie!) eröffnen, neue Erfahrungen bspw. bei der Überwindung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse (aktiv!) zu produzieren (und nicht nur passiv 'zu erfahren').[7]

Behaupten wir, die Geschichte sei durch die Ökonomie vorherbestimmt?

-- A&E&U behaupten, wir würden eine "Geschichtskonzeption" vertreten, "die davon ausgeht, daß die Entwicklungsmöglichkeiten der bestehenden Gesellschaft durch ihre ökonomische Struktur *vorher*bestimmt seien. Es käme daher *nur* darauf an, die Widersprüche des *ökonomischen Systems* zu erkennen, in Begriffe zu überführen, um ihren wahren Gehalt in einer gesellschaftsverändernden Praxis zu entfalten" (unsere Hervorh.).

Auch dies ist leider frei erfunden! Wir hatten in unserem Flugblatt (in Kritik an der Rede von der 'Totalität des Systems') lediglich geschrieben, daß "das System eine widersprüchliche Struktur ist, daß es keine Herschaft ohne Beherrschte und deren (zunächst begrenzten) Widerstandes gibt". Von uns werden diese

---

1 Saül Karsz, *Politik und Theorie*, Ullstein: Frankfurt/M. / Berlin / Wien. 1976. 36.

2 S. bspw. S. 2 des Flugblattes zu unserer Veranstaltungsreihe (abgedruckt in der interim Nr. 306. S. 13): "Georg Lukacs und die Frankfurter Schule (Adorno, Horkheimer, Marcuse)". Aus dieser Formulierung geht eindeutig hervor, daß Lukacs unseres Erachtens, anders als Adorno, Horkheimer und Marcuse, nicht zur Frankfurter Schule zu zahlen ist. - Entsprechend auch die Formulierung auf S. 125 unserer Broschüre: "Nachfolgend drucken wir verschiedene Texte zur Kritik der Frankfurter Schule (Adorno, Horkheimer, Marcuse, im weiteren Sinne auch: Habermas, Fromm u.a.) und des ihr vorausgegangenen 'linkskommunistischen' Frühwerkes von Georg Lukács ab." - Wenn man/frau uns schon kritisieren will, dann wäre allenfalls folgender Vorwurf berechtigt: Daß wir (weil es uns um die *politische* Wirkung der Frankfurter Schule insbesondere auf die RAF und nicht um eine Gesamt-Darstellung der Kritischen Theorie geht) die Bedeutung Marcuses zu stark gewichten und die *theoretisch* bedeutenderen Adorno und Horkheimer vernachlässigen.

3 Otto Kallscheuer, *'Anti-Hegelianismus' innerhalb der Arbeiterbewegung*, in: *alternative* (Westberlin), Vol. 97, 1974, 164 - 174 (166 f.) S. dazu auch: Dominique Lecourt, *Stalin*, in. *Moderne Zeiten*. Sozialistische Monatszeitschrift (SOAK: Hannover), 12/1982, 49 - 52 (52): Stalins "evolutionistische Konzeption der Dialektik der Geschichte" stellte die "Rechtfertigung" seiner ökonomistischen und repressiven politischen Praktiken dar. Stalin kam nie dahin, "das Primat des Widerspruchs gegenüber den gegensätzlichen Seiten (.... zu erfassen). Stattdessen behauptet er die IDENTITÄT der Gegensätze, die darauf reduziert werden, in einer verwässerten neo-hegelianischen Perspektive *nur* der 'negative und der positive *Ausdruck* der Dinge' zu sein, 'des Alten und des Neuen', das notwendigerweise in 'Keimform' im Alten erscheint, um sich dort durchzusetzen." (kursive Hervorh. d. Verf.; Großschreibung i.O.). S.a. ders., *Proletarische Wissenschaft?*, VSA: Hamburg/Westberlin, 1976, 121, 128.

4 Ebd., 127: "auch wenn die Funktionsweise der Thesen einer gegebenen Philosophie in gewisser Hinsicht durch eine 'Logik' bestimmt sind, so entfaltet sie ihre 'Wirkungen' doch nur aufgrund von *Einsätzen*, die dem Spiel ihrer Kategorien äußerlich sind und durch die soziale Praxis, in der diese Philosophie Stellung bezieht, determiniert werden." (Hervorh. i.O.)

5 S.dazu: ebd., 130 ("Antworten auf eine Reihe [...] nicht gelöster Probleme, die sich in der sozialen Praxis der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution gestellt haben"; 133 ("wiederkehrende ökonomische Schwierigkeiten") und ders., *Stalin*, a.a.O., 50 (Kaschierung "der *neuen* theoretischen und politischen *Probleme*," die dadurch entstanden, daß "alle Hoffnungen, die die Bolschewiki darin gesetzt hatten, daß eine proletarische Revolution in Europa und der übrigen Welt unmittelbar bevorstehe, brutal gescheitert waren.").

6 S. dazu: Frieder Otto Wolf, *'Materialismus' als Mechanismus der Verdrängung: Zur systematischen Verdrängung des Stalinismus-Syndrom*, in: *Moderne Zeiten*, 8/1983, 62 - 63. F.O. Wolf wendet sich dort dagegen, "Politik und Ideologie für bloße Epiphänomene" von Ökonomie zu halten. Er stellt deshalb gegen die These von der 'Unausweichlichkeit' des Stalinismus folgende Fragen: "Was hätten die Bolschewiki - nach dem Ausbleiben der Revolution im Westen - politisch tun konnen, (...)? Und: Was können wir in unserer eigenen Politik tun, um einer Wiederholung dieses Trauerspiels zu entgehen?"

7 S. dazu bspw.: Teresa L. Ebert, *Ludic Feminism, the Body, Performance, and Labor: Bringing* Materialism *Back into Feminist Cultural Studies*, in: *Cultural Critique* (Oxford University Press), Vol. 23, Winter 1992/93, 5 - 50 (7 - 17, 21)

THEORIE! PRAXIS!

Widersprüche an keiner Stelle allein im "*ökonomischen* System" verortet. Vielmehr vertreten wir in unserer Broschüre auf S. 129 - in Anknüpfung an Althusser (s. *Für Marx*, Suhrkamp, FfM, 1968, S. 68 - 75, 149 f., FN 42) - ausdrücklich die These, daß die ökonomischen Widersprüche immer schon von ideologischen etc. Widersprüchen "überdeterminiert" (d.h.: überlagert) sind; daß es - um mit dem Idealismus der hegelschen Dialektik zu brechen - nicht ausreicht, die Ökonomie an die Stelle des Weltgeistes zu setzen; daß es *falsch* ist, die gesellschaftliche Wirklichkeit als 'Ausdruck' *eines einfachen Prinzips* aufzufassen.
Die materielle Basis (die unseres Erachtens im übrigen nicht nur von den Klassenverhältnissen, sondern auch von der rassistischen und sexistischen Arbeitsteilung gebildet wird, s. S. 104 f. unserer Broschüre) *bestimmt* zwar, "in letzter Instanz", die gesellschaftliche Entwicklung. *Aufgrund* ihrer *widersprüchlichen* Struktur ist aber eine *eindeutige* Determinierung, eine '*Vorher*bestimmtheit' der gesellschaftlichen Entwicklung undenkbar (s. dazu Waldemar Schmidt, *Zur Metakritik der Anthropologie*, Bochum, 1980, S. 494), so daß die Stunde der "letzten Instanz" - wie Althusser sagt - nie schlägt.
Es mag sein, daß wir "von Kritischer Theorie noch nicht viel gehört" haben, den "Rahmen des Zumutbaren bei weitem überschritten" haben, unsere Thesen deshalb "Kopf schütteln" auslösen, daß wir "aufs äußerste (!) unlogisch" argumentieren und bei weitem nicht so viel "Ahnung von der Frankfurter Schule oder der Geschichte der RAF" wie A&E&U haben - darüber würden wir gerne diskutieren, wenn A&E&U tatsächlich anfangen würden, *unsere* Positionen zu kritisieren. Dafür sollten sie aber ihren Ratschlag, "auf den Boden der Tatsachen zurückzukommen", zunächst einmal selbst beherzigen - so daß es möglich wird, über die tatsächlichen Kontroversen zu diskutieren.

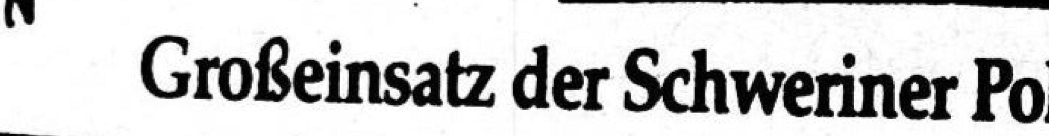
So long

die Broschürengruppe

PS.: Da A&E&U unsere Broschüre anscheinend gar nicht gelesen haben - was eventuell daran liegt, daß sie zur Zeit vergriffen ist -, sei noch darauf hingewiesen, daß ab Ende / diesen Anfang nächsten Jahres die zweite Auflage erhältlich sein wird.

ERKLÄRUNG

WIR HABEN IN DER NACHT VOM 2. - 3. DEZ IN HEIDELBERG UNSEREN BEITRAG ZUM LANDESWEITEN ANTI-REPRESSIONS TAG GELEISTET - INDEM WIR BEI DEN BULLEN IN DER:
KLINGENTORSTR.
ROHRBACHERSTR.
HEBELSTR. ECKE GLEISDREIECKSTR
EMIL MAIER STR. (EINSATZHUNDERTSCHAFT)
SOWIE DER:
STAATSANWALTSCHAFT HD IN DER BAHNHOFSTR.
U. DER AUSLÄNDERINNENBEHÖRDE IN DER FRIEDR. EBERTANLAGE
DIE SCHLÖSSER VERKLEBT HABEN!
ANTIFA HEIßT ANGRIFF
Mobile Einsatz Kleberinnen



■ SPD/Anschlag

Fenster eingeschlagen

Aachen (dpa) – Mit Ziegelsteinen haben Unbekannte die Fensterscheiben eines SPD-Büros in Aachen eingeworfen. Die Steine waren mit Fotokopien umwickelt. Sie zeigten eine von Polizisten eingekesselte Gruppe von Demonstranten. Darunter stand „Weiter so, Deutschland". Von den Tätern fehlte zunächst jede Spur.

Großeinsatz der Schweriner Polizei

SCHWERIN (dpa). Bei einem Polizei-Großeinsatz gegen mutmaßliche Hausbesetzer sind in Schwerin drei Molotowcocktails sichergestellt und ein 16jähriges Mädchen festgenommen worden. Wie die Polizei am Donnerstag morgen berichtete, hatte das Ordnungsamt der Stadt aus Angst vor dem Entstehen einer „Hausbesetzer-Szene" die Polizei zur Räumung eines städtischen Gebäudes aufgefordert. Dort hätten vermummte Jugendliche vor einigen Tagen ein Pappschild mit der Aufschrift „Instandbesetzt" aufgehängt. An dem Großeinsatz seien 40 Polizisten beteiligt gewesen.



CHIAPAS: CHRONOLOGIE 11-12/94

MEXIKO - CHIAPAS

Chronologie der Vorfälle vom 20.11.94 bis Anfang Dezember 94

Zum Gedenken des Ausbruchs der mexikanischen Revolution am 20.11.1910 gab es in neun verschiedenen Orten in Chiapas Demonstrationen, Kundgebungen, Straßenblockaden und Rathausbesetzungen, auch als Teil des Protestes gegen den Wahlbetrug und gegen den „Wahlsieger" Eduardo Robledo Rincon von der PRI (Partido Revolucionario Institutional).

- 20.000 Personen gingen auf die Straße, gleichzeitig mobilisierten die Regierungskräfte, um gegen die Demonstranten vorzugehen.
- Mindestens zehn durch Schüsse verletzte Personen, unter ihnen ein Polizist (juhu, jippie), hunderte von Schwerverletzten und durch Tränengas Geschädigte.

COMITAN

- 8 Uhr morgens: An der Straßenkreuzung Comitan/Tzimol griff die Sicherheitspolizei eine Gruppe von zweihundert protestierende Indigenas und Bauern an, die bis Comitan marschieren wollten. Bis jetzt werden zehn Personen vermißt, außerdem wurden acht Personen durch Schüsse verletzt, vier davon lebensgefährlich.
- 14 Uhr: Erneut wird versucht, Comitan zu erreichen. Schon im Ort wurde ein Provokant von den Protestierenden gefangengenommen, wie sich später herausstellte, ein Polizist. Kurz darauf wurde die ganze Demo mit Tränengas beschossen.





SAN CHRISTOBAL DE LAS CASAS

- Bei einer Demonstration mit ca. 1.000 Teilnehmern, die bis vor die Kathedrale ging, wurden die Anwesenden von Provokateuren beschimpft und bedroht. Kurz vor 13 Uhr begannen die selbigen eine heftige Diskussion mit der Polizei vorzutäuschen, woraufhin die Versammlung mit Tränengas beschossen wird und die Provokateure sich unter die Polizei mischen. Auf dem Platz, auf dem sich auch viele Indigena-Frauen mit Kindern befanden, fingen die Demonstranten an, sich gegen den Tränengasbeschuß zu wehren. Sie schmissen Steine auf die Polizei, die sich daraufhin in den Bögen des Regierungspalastes verschanzte. Der anwesende Amado Avendano (PRD - Partido Revolucionario Democratico) nahm das Mikrofon und forderte die Bauern auf, nicht auf die Provokationen einzugehen und die Kundgebung friedlich fortzuführen.

TUXTLA - GUITIERREZ

- 4.000 Personen nahmen an der Demonstration in Tuxtla teil, von zwei Seiten strömten die Demonstranten auf den zentralen Platz, wo die Viehzüchter, PRI-Bauernorganisationen und 300 Polizisten von der Aufstandsbekämpfungseinheit den Regierungspalast umringten. Als Die Demoteilnehmer, in der Mehrheit Mitglieder des CEOIC (Consejo Estatal de Organizaciones Indigenas y Campesinos) und der PRD anfingen, die Absperrungen, die den regierungspalast schützte, zu zerstören, rannten die Viehzüchter sowie die anderen PRIisten davon und sogar die Polizei zog sich zurück.
- Ähnliche Demonstrationen fanden statt in Tapachula, Motozintla, Palenque, Pijijiapan, Simojovel und Jiquipilas, wo jeweils ein beeindruckendes Polizeiaufgebot anwesend war.
- An diesem Tag wurden die Rathäuser von Escuintla, La Trinitaria, Frontera Hidalgo, Jitotol, Ostuacan, Huehuetan, Tecpatan und Tuxtla Chico besetzt.



21. NOVEMBER

- 11 Personen werden angeklagt, die Verantwortlichen für die Ausschreitungen des 20. November zu sein, drei von ihnen Minderjährige. Viele der Angeklagten wurden durch die Zivilbevölkerung, die auf der seite der Viehzüchter steht, gefangengenommen und der Polizei übergeben.

CHIAPAS: CHRONOLOGIE 11-12/94

- Die AEDPCH (Asamblea Estatal Democratica del Pueblo Chiapaneco), die zu allen Aktionen aufgerufen hatte, lädt alle nationalen und internationalen Organisationen ein, als Beobachter bei den Widerstandsaktionen, die fortgeführt werden, zu fungieren, und so der Welt die Wahrheit zeigen zu können über die Repressionen, die das Volk von Mexiko jeden Tag lebt.

DEZEMBER

- Am 1. Dezember drangen hundert bewaffnete Viehzüchter (Guardias Blancas) auf brutalste Weise in die Farm Prusia (Preußen, in Besitz des deutschen Volker von Knob) ein. Die Farm war von ca. 40 Bauern besetzt. Als erstes schossen die Viehzüchter in eine Gruppe von Frauen und Kindern. Dank der Unterstützung anderer Bauern konnten die Angreifer vertrieben werden. Dennoch starben drei Menschen und drei weitere wurden verletzt. Nach unseren Informationen ist die Farm bis heute besetzt.

- In Tuxtla Guitierrez verlangte die Organisation der Viehzüchter von der Regierung die Entsendung von staatlichen Sicherheitsorganen, da sie ansonsten weiterhin die Probleme auf ihre Weise lösen werden. Nach eigenen Angaben verfügen sie über eine 200-Mann-starke Truppe.
- An einer Militärsperre bei San Christobal wurden ohne jegliche Begründung 17 Bauern der Kaffee-Bauernorganisation festgenommen. 7 von ihnen befinden sich noch immer in Haft.
- Am 3. Dezember wurden auf dem Weg von Venustiano Carranza nach Socoltenango drei Führer der Organisation CEOIC aus einem Hinterhalt erschossen, zwei weitere wurden schwer verletzt. Die Täter sind vermutlich Großgrundbesitzer der Region.
- Am selben Tag kam es auf der Farm Lubeca (Lübeck) zu einer bewaffneten Auseinandersetzung, als die „Besitzer" die Bauern von dem seit fünf Jahren besetzten Land vertreiben wollten. Das Resultat des Kampfes sind zwei Schwerverletzte und ein Gefangengenommener der „Weißen Wachen" (Guardias Blancas, Schutztruppen der Viehzüchter).
- Am 4.Dezember kam es in Chilpancingo zu einem Schußwechsel zwischen der mexikanischen Armee und Bauern. Hierbei starben 19 Bauern und 7 Soldaten. Die Zahl der Verletzten ist ungewiß. Diese Meldung wurde von offizieller Seite nicht bestätigt.
- 8. Dezember: Robledo Rincon von der PRI zieht unter großem Polizeiaufgebot ins Rathaus von Tuxtla Guitierrez ein.
- Mittlerweile ist fast die Hälfte von Chiapas zapatistisch kontrolliertes Gebiet und Amado Avendano dort als Regierender anerkannt, sein Amtssitz ist in San Christobal de las Casas.
- Der Waffenstillstand ist gebrochen, da die Regierung auf keine einzige Forderung der EZLN eingegangen ist.
- Mittlerweile sind Militärberater aus Argentinien anwesend, bekannt aus El Salvador und Nicaragua durch ihre brutalen Methoden, gegen jegliche Aufständischen vorzugehen. Es sind speziell ausgebildete Contra-Guerilla-Truppen.
- Zedillo, Präsident von Mexiko deklariert groß, er wolle mit der EZLN verhandeln, stattdessen scheint, daß das Militär sich auf den Krieg vorbereitet und auch in Guerrero, Puebla ,Tabasco und Oaxaca mittlerweile Militärs stationiert wurden.
- In Tabasco wird seit dem dortigen Wahlbetrug (vor ca. einer Woche) die Ölförderung von den Arbeitern gestoppt.

Hoch die internationale Solidarität!
Viva Zapata!!!! Hasta la Victoria siempre!!!

"Zur Selbstverständlichkeit wurde, daß nichts, was die Kunst betrifft, mehr selbstverständlich ist, weder in ihr noch in ihrem Verhältnis zum Ganzen, nichteinmal ihr Existenzrecht."

Theodor W.Adorno
(erster Satz der "Ästhetischen Theorie", 1970)

FRAGEN NACH DEM ANARCHISTISCHEN KUNSTBEGRIFF

(es scheint, als gäbe es nichts, was so irrelevant ist, wie die Beschäftigung in einer universitären Studiengruppe damit, was Kunst ist, wo es doch um die Veränderung der Welt geht.)

1) Ist schon der Mythos Aufklärung?

das wirkt weit hergeholt, ist es ja auch, erscheint mir aber wichtig und wesentlich für das Verständnis:
Es wird argumentiert, daß die Menschen sich mithilfe der Mythen die Welt erklärt und sich selbst Sinn gestiftet haben. Beides geschah untrennbar und war (über-)lebensnotwendig.
Vorausgesetzt wird dabei in materialistischer Auffassung der Gegensatz von NATUR und KULTUR.
Der Mythos als Welt-Erklärung zur Selbst-Erhaltung gilt als der Ursprung der Aufklärung, des Wahr-nehmens und Be-Greifens.

Mythos → Bild → Begriff → Wissenschaft/Aufklärung

Kunst könnte dann verstanden werden als "das wichtigste Werkzeug für die Entwicklung der menschlichen Wahrnehmung"(Read 1961).(0)

2) "Und schlägt in Mythologie zurück"? (1)

das Problem ist nur, daß nach dieser Logik die Selbst-Erhaltung immer (per se) mit Natur-Beherrschung einhergeht, d.h. dieser sogar noch vorauseilt. Denn nur über die Selbstbeherrschung (Ratio über Triebe), nur rational, über die Er-Klärungen, ist Natur beherrschbar.
Auch Kunst wäre dann immer affirmativ, weil Herrschaft auch in ihr angelegt wäre.
Kann es in dieser vertrackten Situation

NATUR — KULTUR
Mythos → Aufklärung
Herrschaft

überhaupt eine herrschaftsfreie Kunst geben?

3) Jeder Mensch eineE HandwerkerIn?

Kunst als die ursprünglichen, schöpferischen Fähigkeiten des Menschen, als An-eignung von Wirklichkeit verstanden, schafft dann gleichermaßen Barbarei/ Herrschaft und Kreativität/ Freiheit; wobei heute eindeutig der affirmative Charakter im Vordergrund steht und der Vorwurf der "Bebilderung des Terrors"(Marcuse) mehr als berechtigt erscheint (in einer total aufgeklärten welt, wohlgemerkt!). (2)

Wenn, so verstanden jeder Mensch einE KünstlerIn ist, was ist dann noch Kunst?

4) Kunst ist Politik ist nicht Kunst, oder was?

Kunst als sinnliche Wahrnehmung, die aktiv in die Wirklichkeit eingreift, ist folglich Politik, eine Veränderung der Um-welt.

Hier liegt m.E. ein Widerspruch der Theorie, denn es wird andererseits behauptet, erst eine (politisch) veränderte Gesellschaft könne eine nicht-verdrängende Kunst wieder möglich machen,

weil sie, die Kunst, bis dahin nichts als individuelle Kompensation untragbarer Verhältnisse sei (Adorno, Marcuse,...).

Es wird doch wieder eine Trennung von Kunst und Politik vollzogen; Kunst bleibt Illusionserzeugerin.

5) Narren contra Buchhalter

das Gemeine daran ist, wie mir scheint, daß diese unsinnige Trennung heute notwendig ist, um überhaupt noch Ansprüche an die Kunst stellen zu können.
Politische, verändernde, emanzipatorische Inhalte müssen formuliert werden, weil sie eben nicht selbst-verständlich sind.
Als Endprodukte von Prozessen stehen heute Kunstwerke im Leichenschauhaus Museum und sind als totes Material nichts als den Status Quo erhaltende Ware.
Die Frage nach den Maßstäben an Kunst aber scheint sinnlos; denn wie kann nun eine Kunst, die per se Herrschaft ausübt, herrschaftsfreien Ansprüchen genügen?
Form und Inhalt lassen sich ja nicht trennen.
So werden die SurrealistInnen wirklich zu "Buchhaltern"(Greil Marcus) gegenüber (3) den DaDaistIschen Narren, die noch den uralten Mythos von Schöpfung und Zerstörung vorgeführt haben.

6) Sprachlos?

"Rationalität und Aufklärung hatten ein Schlachtfeld hervorgebracht" (G.Marcus), (4) "unser Verstand hat die Leere erzeugt. Endlich allein, vollenden wir unsere Herrschaft in einer Wüste"(Albert Camus), (5)
und weil die Situation so grauenvoll ist, wird die Kunst zur einzigen Sprache, die verbleibt, erklärt (oder etwa: gefühlt?):
von Beuys als zukunftsweisende, weil ursprüngliche Kommunikation, von Marcuse als theoretische Negation des Bestehenden, weil alles andere versagt hat, und von den DadaistInnen als zerstörerische Praxis.

7) Ästhetik als Knackpunkt?

dann plötzlich taucht doch noch die Ästhetik -im Sinne von "Schönheit"- auf, die ja so oft für Kunst oder für deren einzigen Maßstab gehalten wird.

"Wenn die Öffentlichkeit einen Zustand erreicht hat, in dem unentrinnbar der Gedanke zur Ware und die Sprache zu deren Anpreisung wird, (...)"(Adorno/ Horkheimer), dann ist Negation ebenso angesagt wie Kommunikation. (6)
Kommunikation ist gleichberechtigter, herrschaftsfreier Austausch, auch im Sinne eines Lebens im Einklang mit der Natur.
Hat vielleicht doch Bookchin recht,"daß die Herrschaft des Menschen über den Menschen der Vorstellung der Naturbeherrschung vorausgegangen ist"? (7)

(die ganze Herleitung bräche nun zusammen, ich hätte alles umsonst geschrieben, und würde nur noch verwirrter...., aber:)
selbst wenn nicht; in der Anerkennung der Grenzen der Natur durch die Kunst -diese Anerkennung liegt ihr, laut Camus, im Gegensatz zum Verstand inne- liegt der Knackpunkt.

"Deshalb kämpfen alle, die für die Freiheit ringen, letztlich für die Schönheit.(...) Nie mehr werden wir Einsame sein."(A.Camus).(8)

an diesem Punkt hör ich auf, weil hier drei grundsätzlich verschiedene Ansichten/ Ausgangspunkte von Natur/ Kultur zugrunde liegen, und mir im Grunde die Maßstäbe zur Beurteilung völlig abgegangen sind, abgrundtief den Subjekt-Objekt-Hiatus hinabgestürzt, sozusagen...

(ohne die Gewißheit, daß Kunst und Freiheit -irgendwie- unmittelbar zusammenhängen, hätte ich das hier bestimmt nicht an-gestellt:)

Petzi
(19-6-94)

Zitate von:
(1) Adorno/ Horkheimer 1990, S.6
(2) Marcuse 1971
(3) Marcus, 1993, S.212
(4) ebenda
(5) Camus 1988, S.83
(6) Adorno/ Horkheimer 1990, S.1
(7) Bookchin 1992, S.33
(8) Camus 1988, S.85
(n) Klemm 1991, S.6

Nazismus light

Die Nazi-Postille »Junge Freiheit« gilt als das ambitionierteste Projekt des »intellektuellen« Rechtsextremismus. Um dem drohenden wirtschaftlichen Kollaps zu entkommen und endlich an bürgerlicher Reputation zu gewinnen, haben die Blattmacher nun personelle Veränderungen und ideologische Verschiebungen durchgesetzt, die eine Orientierung am Modell der so erfolgreichen FPÖ vermuten lassen. Auch Rainer Zitelmann ist mal wieder mit von der Partie

Hans-Dietrich Sander, ehemals Redakteur der »Welt« und heute Herausgeber des rechtsextremen Theorieblättchens »Staatsbriefe«, wollte eigentlich kein Wort mehr über die »Junge Freiheit« (»JF«) verlieren. Doch weil Schadenfreude nun mal eine der angenehmsten Freuden ist, hat er in der Oktoberausgabe seines Zirkulars mit gespielter Entrüstung darauf hingewiesen, daß »JF«-Chefredakteur Dieter Stein den langjährigen Chef des Kulturressorts, Andreas Molau, gefeuert habe – die »JF« meldete das in ihrer Ausgabe 41/94. In der Tat eine pikante Angelegenheit: Stein wie Molau stammen aus der Deutschen Gildenschaft, einer bündischen Korporation, die das personelle Rückgrat der »JF«-Redaktion stellt. Zudem war Molau ein wichtiger personeller Eckstein des Projekts. Er war Verbindungsmann zur ›Alten Rechten‹, eng liiert mit Gert Sudholts Verlagsgesellschaft Berg, und er war Nachfolger Reinhard Pozornys (ehemals »Deutsche Wochen-Zeitung«) als Herausgeber des »Deutschen Almanachs«.

Außerdem erwähnt Sander, daß Stein sich von »seinem« Geschäftsführer Götz Meidinger getrennt habe, eine Nachricht, die man der »JF« freilich nicht entnehmen konnte und die in dieser Form wohl auch nicht zutrifft. Stein und Meidinger waren gleichberechtigte Geschäftsführer des »JF«-Verlages und 1986 Mitbegründer der Monatszeitung »JF«. Laut »JF« fungierte Meidinger seit Beginn des Jahres als »Verlagschef« und sollte mit seiner PR-Firma Profit Marketing für Werbeaufträge sorgen. Seine Entlassung muß daher durch die Gesellschafterversammlung der »JF«-Verlags-GmbH erfolgt sein. Entlassen wurde übrigens auch der Wirtschaftsredakteur Carl Meyerson, vermutlich ein Pseudonym des promovierten Wirtschaftswissenschaftlers Meidinger.

Last not least wußte Sander vom mutmaßlichen Anlaß dieses Revirements unter den Potsdamer Salonfaschisten zu berichten: Armin Mohler, Vordenker der nationalrevolutionären ›Neuen Rechten‹, habe in seiner Fortsetzungsreihe »Notizen aus dem Interregnum« (»JF« 32/94) sich nur unzureichend vom Geschichtsrevisionismus (»Auschwitzlüge«) distanziert. In der Redaktion habe es daraufhin eine »heftige Diskussion« gegeben, so daß Stein sich zu einer redaktionellen Erklärung gezwungen sah: Auschwitz sei das »Symbol eines industriell geführten Vernichtungsprogramms«, über dessen totalitäres Fundament nachgedacht werden müsse. Zu diesem Zweck sei Salcia Landmann, konservative jüdische Schriftstellerin, die bereits für die »Staatsbriefe« geschrieben hatte, von der »JF« um eine Antwort auf Mohler gebeten worden, die dann auch tatsächlich erschien.

Über die Ursachen dieser Auseinandersetzungen machte Sander nur einige Andeutungen. Von einer Annäherung an die CDU/CSU ist da etwa die Rede: Eine Eloge auf Helmut Kohl sei in der »JF« erschienen – gemeint ist ein Artikel des ehemaligen Beraters von Willi Stoph, Hermann von Berg (»JF« 39/94) –, und es gebe Kontakte zwischen Dieter Stein und dem CDU-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Johannes Gerster. Was Sander zum einen veranlaßt, eine »Vergersterung« der »JF« zu konstatieren. Im übrigen aber sieht er eine andere Seilschaft an der Arbeit: »Aus dem Beeinflussungshintergrund der Redaktion« habe Rainer Zitelmann, seit kurzem FDP-Mitglied in Berlin und Stichwortgeber für Alexander von Stahls nationalliberales Manifest (»Berliner Positionen«), die »Ausschaltung« Armin Mohlers verlangt: »Er sei zu alt für die junge Zeitung, außerdem müßte das Thema Konservative Revolution anders besetzt werden« – wie, das verrät Sander nicht. Auch der Berliner »Tagesspiegel« kaprizierte sich auf die »Berater«-Rolle Zitelmanns und stützte sich dabei hauptsächlich auf Informationen Molaus und Meidingers.

Beides, die »Vergersterung« und Zitelmanns Beratertätigkeit, paßt möglicherweise zusammen, auch wenn Sander mit seiner These von der »Eingemeindung der ›Jungen Freiheit‹ unter der Federführung« Gersters zur Zeit noch alleine steht (vgl. aber das respektvolle Porträt Gersters in »JF« 35/94). Bekannt waren bislang die »JF«-Kontakte in die Berliner CDU (Bonfert/Heckelmann-Affäre), über die Deutsche Gildenschaft in die hessische CDU und über den sudetendeutschen Witikobund in die bayrische CSU. Und natürlich gibt es in rechtskonservativen Kreisen Interessenten an einer nationalliberal gewendeten FDP.

Dennoch müssen die Vorgänge in der »JF« nicht unbedingt auf ihre »Vergersterung« hindeuten. Schon seit geraumer Zeit gibt es eine Diskussion um die Neuformierung des rechtsextremen Lagers, die mit der krisenhaften Entwicklung der Republikaner und den Ergebnissen der Bundestagswahl an Dringlichkeit gewonnen hat. Gegenüber stehen sich dabei auf der einen Seite Forderungen nach »einer Fundamentalopposition zur Rettung völkischer und natürlicher Lebensgrundlagen« (so das NPD-Organ »Deutsche Stimme« 10-11/94) bzw. – fast wortgleich – Schönhubers Plädoyer für eine »fundamentale Opposition« (»Der Republikaner« 11/94). Auf der anderen Seite schwirrt seit der Ankündigung Jörg Haiders Ende 93, die FPÖ nach Deutschland auszudehnen, ein neues Projekt durch die rechte Szene, das u.a. mit den Namen Haider, Brunner und Rolf Schlierer sowie neuerdings Zitelmann verbunden sein könnte. Brunner (Bund Freier Bürger) kooperierte im Europa-Wahlkampf mit Haider; der stellvertretende Vorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, laut Schönhuber mit dem FPÖ-»Chefideologen« Andreas Mölzer befreundet, erläutert in der »JF« ausführlich seine Vorstellungen von einer neuen »rechtsdemokratischen Partei«. In dieselbe Kerbe haut der frischgebackene »Nationalliberale« Zitelmann, wenn er in einem Beitrag für Heimo Schwilks/Ulrich Schachts *Die selbstbewußte Nation* (Ullstein) in Anlehnung an Carl Schmitt »Position und Begriff« einer neuen »demokratischen Rechten« umreißt. Haider selbst liebäugelt in seinen jüngsten Äußerungen mit der »Möglichkeit einer erneuerten dritten Kraft in Deutschland« (»Rheinischer Merkur« 45/94) und ruft zur Abwahl des freidemokratischen »Führungsklüngels« auf. Da scheint Zitelmann mit seinem Beitritt zur FDP gerade zum richtigen Zeitpunkt zu kommen. In der FPÖ-nahen Zeitschrift »Aula« (6/94) wird er bereits als »rechter Kulturrevolutionär« und »Eisbrecher des neuen Denkens« gefeiert. Das nationalrevolutionäre Organ »Europa Vorn« (76/94) behauptet übrigens, daß in der Berliner FDP »mittlerweile die meisten Parteitagsdelegierten authentische Patrioten« seien und es im rechtsextremen Lager eine bundesweite Kampagne für einen Eintritt in die FDP gebe. Vor diesem Hintergrund kann man die Veränderungen in der »JF« durchaus als Versuch verstehen, sich rechtzeitig als Sprachrohr einer bundesrepublikanischen FPÖ zu qualifizieren, zumal mit Jürgen Hatzenbichler ein direkter Verbindungsmann zur FPÖ in der Redaktion sitzt.

Für die programmatische Umorientierung der »JF« zählen freilich nicht nur politische Argumente. Die finanzielle Lage des Naziblattes ist alles andere als rosig: Das gewaltige Anzeigendefizit, ein überaus schwacher Kioskverkauf und der schleppende Aufbau der Kommanditgesellschaft machen die Erschließung neuer Geldquellen erforderlich. Diese finanzielle Malaise ist es, die die Modifizierung des bisherigen taktischen Konzepts der Zeitung beschleunigt hat. Die Entscheidung vom Oktober hat sich allerdings bereits in drei Debatten angedeutet, die in den letzten Monaten geführt wurden.

Die erste wurde bereits erwähnt: Der Streit zwischen Armin Mohler und Salcia Landmann drehte sich im Prinzip um die politisch gebotenen Grenzen einer revisionistischen Umdeutung der deutschen Geschichte. Wenn Dieter Stein in diesem Zusammenhang erklärt, man müsse über das totalitäre Fundament von Auschwitz nachdenken, so trägt diese Erklärung die Handschrift Rainer Zitelmanns, der durch seine modernisierungstheoretische Betrachtungsweise des Nationalsozialismus bekannt geworden ist. Sie zieht eine Grenze zwischen den modernen, »fortschrittlichen« und den barbarischen, totalitären Elementen des Nationalsozialismus und will diese Unterscheidung zum Maßstab eines vorsichtig taktierenden Revisionismus-Konzepts machen.

Der Rückgriff auf den Totalitarismus-Begriff durch Zitelmann und – ihm folgend – die »JF« ist von eminent strategischer Bedeutung. Er ermöglicht es, die eigene autoritär-staatliche Orientierung in der Tradition des Jungkonservatismus der 20er Jahre als Verteidigung der staatlichen Institutionen gegen Links- und Rechtsextremismus zu verkleiden. Dadurch ergeben sich interessante Anknüpfungsmöglichkeiten, z.B. an die staatsoffizielle Formel der »wehrhaften Demokratie«, wie sie der Arbeit der Verfassungsschutzorgane zugrundeliegt. Zu Zitelmanns Zitier- und Rezensionskartell gehören nicht umsonst die Rechtsextremismus-Ex-

perten Uwe Backes und Eckhard Jesse, die sich seit Jahren mit ihren der Totalitarismustheorie verpflichteten Expertisen als Ideologielieferanten des Verfassungsschutzes zu profilieren suchen. Die »JF« will offensichtlich mit ihrem Schwenk diese Anbindung nutzen, um den Vorwurf des Rechtsextremismus zu unterlaufen und ihre »staatsbejahende« Haltung unter Beweis zu stellen.

Eine andere Verbindungslinie läßt sich aus dem »Berliner Appell« rechter Freidemokraten herauslesen, der maßgeblich von den »Welt-am-Sonntag«-Redakteuren Schacht und Schwilk sowie Zitelmann initiiert wurde. »In Deutschland« drohe »der antitotalitäre Konsens zu zerbrechen, auf dem unsere Demokratie« beruhe. Gefahr droht selbstverständlich von links: Der »Fall Stolpe«, die PDS markierten »einen Verfall der politischen Kultur«; »unter der Parole des ›Antifaschismus‹« werde »eine Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte betrieben«. Kein Wunder, daß die Unterschriftenliste der ›Gejagten‹ von Alfred Dregger bis in die Berliner FDP, von Carl Gustav Ströhm (»Welt«) bis Roland Bubik (»JF«), von Herbert Fleissner (Verlage Ullstein-Langen-Müller) bis Caspar von Schrenck-Notzing (»Criticón«) reicht. Bemerkenswert aber auch, daß im Zeichen des »antitotalitären Konsenses« Brücken zu ›anständigen‹ Linken geschlagen werden: »Wir verteidigen den Pluralismus, der linken und rechten Demokraten gleichermaßen Raum und Entfaltungsmöglichkeiten bieten muß ... und wenden uns entschieden gegen Bestrebungen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch eine ›antifaschistisch-demokratische‹ Ordnung zu ersetzen.« Auf diese Satire, ganz im Stile ehemaliger linker Appelle gehalten, fielen vor allem ostdeutsche Bürgerrechtler wie Sigmar Faust, Freya Klier und Wolfgang Templin herein, letzterer mittlerweile eifriger Autor und Fürsprecher der »JF«. Spenglers *Preußentum und Sozialismus*, Moeller van den Brucks »Dritte Partei«, ansonsten Vorlagen für Plagiatoren der Konservativen Revolution, werden so gewissermaßen in den Alltagsverstand historisch viertelgebildeter Gemüter übersetzt.

Die zweite Debatte, die hier einschlägig ist, begann die »JF« bereits Ende 93. Sie behandelte Sinn oder Unsinn protektionistischer Maßnahmen. Diese Debatte über Freihandel vs. Protektionismus, Neoliberalismus vs. Sozialpatriotismus fand im gesamten rechtsextremen Lager statt, vor allem in »Nation und Europa« und der »Deutschen Rundschau«, der (eingestellten) Monatszeitung der Deutschen Liga für Volk und Heimat. An ihr beteiligten sich in der »JF« mit maßgeblichen Artikeln Hans Hausberger (ehemals Ring freiheitlicher Studenten, Autor der FPÖ-nahen »Aula«), Ulrich Motte (Vorstandsmitglied des »Evangelischen Arbeitskreises der CSU München«, »Criticón«-Autor), Helmut Schröcke (Schutzbund für das deutsche Volk, Deutsche Gildenschaft), Kristof Berking (Bund Freier Bürger), um nur einige zu nennen. Mit den redaktionellen Veränderungen vom Oktober ist diese Debatte zumindest vorerst entschieden. Die neoliberale Position, gepaart mit dem Bekenntnis zum »starken Staat« in der Tradition eines Friedrich August von Hayek, hat sich durchgesetzt. Der neue »JF«-Wirtschaftsredakteur Max Goldbeck, von Beruf Ressortleiter Politik eines TV-Senders, hat den Wirtschaftsteil voll auf neoliberalen Kurs gebracht. In mehreren Ausgaben erschien seither eine Kolumne des Wirtschaftswissenschaftlers Eberhard Hamer, Leiter des Mittelstandsinstituts in Hannover und Mitglied im BFB, der auch in der »FAZ« mitunter das Wort ergreift.

Anfang 94 – und dies zum Dritten – eröffnete Andrzej Madela, »JF«-Chef vom Dienst, eine Kultur- und Literaturdebatte, in deren Verlauf der damalige Leiter des Kulturressorts, Andreas Molau, und sein Bruder im Geiste, Gustav Sichelschmidt, zunehmend in die Defensive gedrängt wurden. Kern der Debatte ist ein Streit um die Bewertung der kulturellen und literarischen Erzeugnisse der Moderne samt der neuen technischen Möglichkeiten kultureller Produktion. Sichelschmidt und Molau verdammten in ihren Beiträgen die Moderne in Bausch und Bogen als dekadent, denunzierten die deutsche Nachkriegsliteratur als Produkt der »Umerziehung« und forderten »eine Wiederverwurzelung im Humus des Völkischen« (»JF« 21/94). Ihre Kritiker empfahlen, sich generell auf massenkulturelle Hervorbringungen als Ausdruck momentanen Lebensgefühls einzulassen, statt sich puristisch auf die erzieherische Vermittlung eines vermeintlich gesicherten, anthropologisch verankerten Kanons ewig gültiger Werte zu konzentrieren (so Molaus Konzept in Anlehnung an Arnold Gehlen). Roland Bubik empfiehlt eine »Umorientierung des jungen Konservatismus ... hin zur kreativ-visionären Gemeinschaft ..., welche die massenwirksame Form ihrer Botschaften und den Zugang zu den erforderlichen Medienkanälen in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellt« (»JF« 38/94).

Auf welche »Medienkanäle« die »JF« setzt, ist ein offenes Geheimnis. So soll Zitelmann seinen Einfluß dahingehend geltend gemacht haben, daß vor allem Bücher des Ullstein-Verlages, dessen Cheflektor er bis Ende 93 war, besprochen werden. Ausgerechnet in der Ausgabe 41/94, in der die personellen Veränderungen in der »JF« deutlich wurden, durfte Herbert Fleissner sein verlegerisches Konzept in einem Interview mit Dieter Stein zum besten geben. Und in mehreren Artikeln wurde Leo Kirchs Medienimperium gegen die bekannten Vorwürfe (»neuer Hugenberg«) in Schutz genommen und offensiv verteidigt.

Insgesamt signalisiert das Ergebnis dieser drei Debatten den Versuch der »JF«, sich wirtschaftlich und ideologisch als Sprachrohr einer »demokratischen Rechten« nach FPÖ-Vorbild zu etablieren. Diejenigen, die die Redaktion verlassen haben, kritisieren dies – wie Andreas Molau in »Der Republikaner« 11/94 – als »Anpassung in die bürgerliche Mitte« oder als »Kurswechsel nach links«. Tatsächlich sind sie Opfer der Geschäftsgrundlage des »JF«-Projekts geworden, an der sie selber mitgestrickt haben. Denn die verschiedenen Gruppierungen des publizierenden Rechtsextremismus, die in der »JF« personell vertreten waren – vorwiegend Jungkonservative, dann Nationalrevolutionäre, Anhänger der Nouvelle Droite und auch alte Nazi-Kader – haben es immer als ihre Hauptaufgabe angesehen, in einem Übersetzungsprozeß rechtsextreme Ideologeme in den Verfassungsbogen der Bundesrepublik Deutschland zu transplantieren. Die taktischen Anweisungen lauteten: Erstens, man muß sich an der Mitte der Gesellschaft orientieren; zweitens, man muß die Mitte dort abholen, wo sie steht, und dann Schritt für Schritt nach rechts ziehen; drittens, alle »Rechtsintellektuellen« sind als Mitarbeiter willkommen, solange sie nicht ausdrücklich gegen Punkt eins und zwei verstoßen.

Der Rechtstrend großer Teile der bürgerlichen Öffentlichkeit und Politik kam diesem Konzept zweifellos entgegen. Wider Erwarten führte er bislang nicht zu einer stabilen Repräsentation des Rechtsextremismus auf parlamentarisch-politischer Ebene. Und auch auf dem Zeitungsmarkt konnte die »JF« trotz Schützenhilfe der Organe des konservativen Mainstreams noch nicht reüssieren. Sie hat daher mit der Suche nach einem Rettungsanker begonnen und dabei demonstrativ ideologischen Ballast abgeworfen.

KONKRET 1/95

termine

Termine ... Termine ... Termine ... Termine ... Termine ... Termine ... Termine

22.12. Antinational und Antideutsch zum 8.Mai 1995?
Diskussionsveranstaltung um 20.00 im X-B-Liebig, Liebigstr.34, Friedlhain

24.12. Weihnachtsparty im EX, Mehringhof, Gneisenaustr.2a

24.12. Frauen/Lesben- Fete in der Yorckstr.59

26.12. Flohmarkt im EX

31.12. Sylvester-Knast-Demo (s.Rückseite)

2.1. Rekruten-Verabschiedung, Kampagne gegen Wehrpflicht

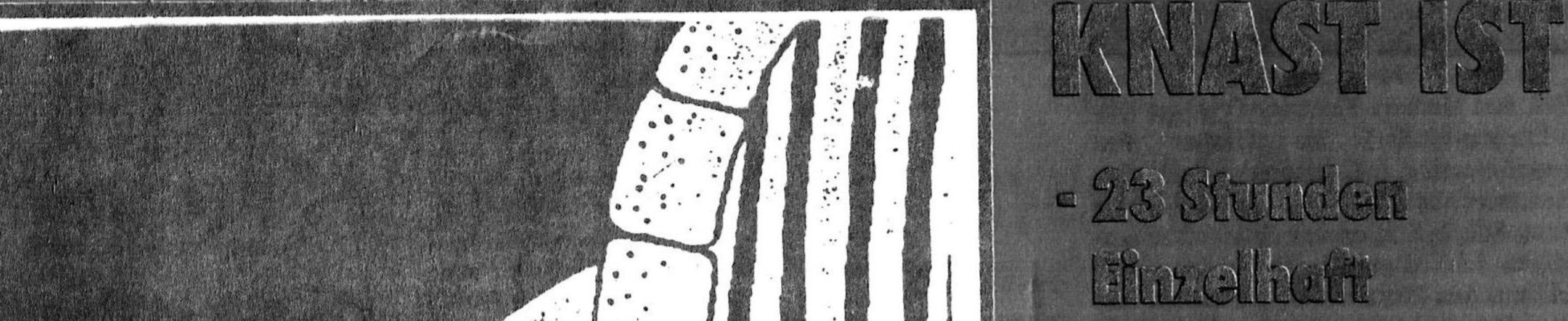
10.1. 18.00? Treffen im "blauen Salon" mit Leuten vom EA und der Brücken-Ini wegen Festnahmen am 9.11.Oberbaumbrücke! Macht Gedächtnisprotokolle!!!

desweiteren viele Termine im Clash,Uferstr.,Wedding- informiert euch

Sorry für die kurze Terminliste, beim nächsten Mal wird sie bestimmt wieder ausführlicher.Uns ist da ein kleines Mißgeschick passiert.

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !

ANTI SILVESTER KNASTDEMO





KNAST IST :

- 23 Stunden Einzelhaft
- Bunker und Zwangsmedikation
- Spaltung und Isolation
- Abschiebe- und Sammellager
- Mittel zum Machterhalt der herrschenden Klasse

MARCHSTRASSE 23

31.12.94 22.30

Vorher Volksküche im Cafe VAMOS

U - ERNST REUTER-PLATZ

v.i.S.d.P.: A. Bruch, Wienerstr. 13, 10999